

„Zukunftsmodell Familie“

EntschlieÙung der 13. Landessynode

vom 8. Juli 2005



Württembergische
Evangelische Landessynode

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf
www.elk-wue.de

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart,
im Auftrag der Württembergischen Evangelischen Landessynode

Redaktion: Beate Dreinhöfer, Claudia Paulusch, Klaus Rieth (verantwortlich)
Die Rechte für die Texte liegen bei den Autoren.

Satz + Druck: J. F. Steinkopf Druck GmbH, Stuttgart

Bestelladresse:

Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart
Fon (0711) 2 22 76-26, Fax (0711) 2 22 76-43, E-Mail: Verwaltung.emh@elk-wue.de
oder:

Evangelischer Oberkirchenrat, Versand, Gänsheidestraße 4, 70184 Stuttgart
Fon (0711) 21 49-269, Fax (0711) 21 49-92 69, E-Mail: Ute.Leienser@elk-wue.de

Stuttgart 2005

Vorwort Klaus Rieth	4
Enorme Bedeutung der Familie für die Zukunft unserer Kirche Horst Neugart, Präsident der Württembergischen Evangelischen Landessynode	6
Kinder schenken unbegrenztes Vertrauen und Zuversicht Johanna Lichy, Staatssekretärin im Sozialministerium Baden-Württemberg	10
Stolz auf die Vielfalt und den Reichtum in den Gemeinden Hartmut Hühnerbein, Vorsitzender des Ausschusses Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit	18
Zur Familie gehören Verlässlichkeit und Verbindlichkeit Brunhilde Raiser, Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland	24
Thema „Familie“ bei jungen Paaren besonders wichtig Erich Stutzer, Leiter der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg	37
Familienfreundliche Arbeit in den Gemeinden fördern Landesbischof Dr. Gerhard Maier, Rede zur Verleihung des Preises „Familienfreundliche Gemeinde“	51
„Zukunftsmodell Familie“ – Neun Thesen Entschließung der 13. Württembergischen Evangelischen Landessynode vom 8. Juli 2005	54

Vorwort

Klaus Rieth

Nicht nur im Wahlkampf, sondern auch dazwischen entdecken politische Parteien immer wieder die „Familie“. Je nach Einstellung werden dann progressive oder auch konservative Bilder von Familie propagiert. Einig scheinen sich die Menschen allenthalben darin, dass die „Familie“ in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielt. Die Württembergische Evangelische Landessynode hat sich des Themas „Familie“ langfristig angenommen und hat dazu auf ihrer Tagung im Sommer 2005 zusätzlich einen Sondertag eingefügt. Dabei wurde deutlich, dass sich das traditionelle Familienbild stark im Wandel befindet. Zum Beispiel sind allein in der Landeshauptstadt Stuttgart 48 Prozent aller Privathaushalte Single-Haushalte, und landesweit sind es immerhin noch 36 Prozent.

Mit ihrem deutlichen Ja zum „Zukunfts-

modell Familie“ hat die Synode deutlich gemacht, dass „Familie“ für sie kein Auslaufmodell ist, sondern Zukunft hat. Verlässlichkeit und Vertrauen wurden als zentrale Begriffe in den Reden und Diskussionen herausgestellt. Gleichermaßen seien solide finanzielle Rahmenbedingungen notwendig. Immer wieder ging es in den Beiträgen aber auch darum, was evangelische Kirche selbst für die Stärkung der Familie tun kann. Hervorgehoben wurden die Rolle der christlichen Erziehung im Kindergarten und in der Schule, die Anforderungen, die Kirche als Arbeitgeberin an ihre eigenen Angestellten stellt und wie „familienfreundlich“ sie letztendlich ist. Dieses gilt auch in Bezug auf die Arbeitszeiten sowie Löhne und Gehälter.

Landesbischof Gerhard Maier hat mit der Auslobung des Familienpreises viele Menschen in den Gemeinden dazu

angeregt, sich mit dem Thema zu befassen und sich auf die Suche nach besonderem Engagement zu begeben. Die Ergebnisse können sich sehen lassen.

Die Synode hat mit ihrer EntschlieÙung und der Formulierung von Thesen deutlich gemacht, dass das Thema aktuell ist

und dass die Kirche hier etwas Eigenes einzubringen hat. Diese Dokumentation soll dazu beitragen, dass weiterhin konstruktiv über das Thema „Familie“ in all seinen Facetten gesprochen und vor allem glaubwürdig gehandelt werden kann.

Enorme Bedeutung der Familie für die Zukunft unserer Kirche

Horst Neugart,

Präsident der Württembergischen Evangelischen Landessynode

Verehrte Frau Staatssekretärin Lichy, verehrter Herr Landesbischof, liebe Mitglieder des Kollegiums, des Oberkirchenrats, liebe Mitglieder der Landessynode, verehrte Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder,

„Zukunftsmodell Familie“, so ist der heutige Schwerpunkttag der Landessynode überschrieben. Für unsere Gesellschaft leisten Familien, und dort vor allem Frauen, einen unbezahlbaren Dienst, der allzu oft nicht geschätzt wird. Von der jahrelangen Kindererziehung bis zur Pflege der Angehörigen im Alter geschieht sehr vieles in der Familie. Die Familie hat für die Lebensqualität aller Generationen größte Bedeutung.

Wenn der heutige Schwerpunkttag unter dem Thema „Zukunftsmodell Familie“ steht, so soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass die Familie ein

Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist, der für die Zukunft unserer Kirche und Gesellschaft existenzsichernde Bedeutung hat. Für die Kirche ist die Familie wichtig als Keimzelle für den christlichen Glauben und als Ort, wo unmittelbar christliche Gemeinschaft gelebt wird; die Gesellschaft wird künftig nur dann soziale und humane Kraft besitzen, wenn sie familien- und kinderfreundlich ist. Denn wenn es weniger Kinder und weniger familiäre Bindungen gibt, dann wird zwangsläufig auch das Solidaritätspotenzial unserer Gesellschaft geringer.

Umso wichtiger ist es, dass sich Kirchen und Staat im Blick auf die Zukunftssicherung nunmehr verstärkt dem Thema „Familie“ zuwenden.

So freue ich mich, dass ich heute Sie, sehr verehrte Frau Staatssekretärin Lichy, in Vertretung des Herrn Minister-

präsidenten unter uns begrüßen darf und dass Sie nachher ein Grußwort an uns richten werden.

Herzlich willkommen heiße ich auch die Referentin und den Referenten des heutigen Tages, die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Frau Brunhilde Raiser, und den Leiter der Familienpolitischen Forschungsstelle beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Herrn Erich Stutzer. Herzlichen Dank, dass Sie uns in diese wichtige Thematik einführen werden. Begrüßen möchte ich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Einrichtungen, Werke und Verbände unserer Kirche und ihnen dafür danken, dass sie uns in den Meeting-Points als Gesprächspartner zur Verfügung stehen werden.

Einen besonderen Willkommensgruß richte ich auch an Synodale aus der badischen Landessynode, die heute als Gäste unter uns sind. Mit ihrem Hiersein bringen Sie zum Ausdruck, dass es den beiden evangelischen Kirchen in Baden-Württemberg ein gemeinsames Anliegen ist, Ehe und Familie Wertschätzung entgegenzubringen und sie nach Kräften zu stärken. Dabei geht es sicher nicht darum, Rezepte zu verteilen, sondern

als Kirchen sind wir zunächst gefragt, welchen Stellenwert wir der Familie in unserer Gemeindegarbeit beimessen.

Die Broschüre, die anlässlich unserer Tagung erschienen ist, dokumentiert, wie vielfältig bereits jetzt schon familienbezogene Arbeit durch Einrichtungen, Werke und Verbände unserer Kirche geleistet wird.

Gleichwohl ist eine Intensivierung und Ausweitung der Arbeit mit Eltern und Kindern notwendig. Unter den Gemeinden, die sich um den Preis „Familienfreundliche Gemeinde“ beworben haben, waren einige, die die Familienarbeit als Möglichkeit zum Gemeindeaufbau gesehen haben. Der Preis wird heute Nachmittag durch unseren Herrn Landesbischof überreicht.

Wenn heute von Familie gesprochen wird, so sind damit oft die unterschiedlichsten Lebensentwürfe angesprochen. Ich folge dem badischen Landesbischof Dr. Ulrich Fischer in seinem Bericht vor der Frühjahrstagung der Landessynode am 21. April 2005 in Bad Herrenalb, wo er Folgendes ausführte: „Gemäß der reformatorischen Unterscheidung von

Person und Werk hat jeder Mensch dieselbe Würde, unabhängig von der Frage, welchen Lebensentwurf er oder sie lebt. Dennoch kann dies nicht dazu führen, alle Lebensentwürfe gleichermaßen als gut geeignet für die Entfaltungsmöglichkeiten von Kindern zu bezeichnen.“ Fischer fährt fort: „Einerlei, ob wir an die Ehe ohne Trauschein, die Ein-Eltern-Familie, an die Patchwork-Familie oder an andere eheähnliche Formen der Lebensgestaltung denken, so gibt es für mich hier ein eindeutiges Prä der verbindlichen Ehegemeinschaft, also der monogam-heterosexuellen Ehe. Auch wenn nicht zu verkennen ist, dass viele Ehen scheitern und misslingen, halte ich es dennoch für richtig, weiterhin vom Leitbild der Ehe und der Familie zu sprechen.“

Es ist mein Wunsch und meine Hoffnung, dass durch den heutigen Tag das Bewusstsein gestärkt wird für die enorme Bedeutung der Familie für die Zukunft unserer Kirche und unserer Gesellschaft und Impulse gegeben werden für eine verstärkte Familienarbeit in unserer Landeskirche.
Herzlichst gedankt sei allen, die sich in

der Vorbereitung dieses Schwerpunkttages engagiert haben: dem Ausschuss Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit mit seinem Vorsitzenden Hartmut Hühnerbein. Insbesondere danke ich dem Unterausschuss, der sich aus Synodalen und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener kirchlicher Einrichtungen und Werke zusammensetzte, für die intensive Vorbereitung dieser Tagung. Ein besonderer Dank gilt der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, die sich schon seit Jahren für ein Schwerpunktthema „Familie“ in der Synode stark gemacht hatte und die in ihrem Vorsitzenden, Schuldekan Hans-Jürgen Meinhard, und in ihrem Geschäftsführer Karl-Heinz Jaworski engagierte Sachwalter hatte. Aber auch die anderen Personen, die als Nicht-Synodale im Unterausschuss mitgearbeitet haben, möchte ich dankbar erwähnen: Bettina Hertel vom Evangelischen Gemeindedienst, Abteilungsleiterin Frauen-Männer-Familie, Ursula Kress, die Frauenbeauftragte unserer Landeskirche, Martina Liebendörfer vom Frauenwerk, Reiner Mack, Landesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familienbildungsstätten, Bettina

Stäb, Evangelischer Verband Tages-
einrichtungen im Gemeindedienst, und
Kirchenrat Helmut Dopffel vom Evange-
lischen Oberkirchenrat.

Nun wünsche ich der Tagung einen
guten Verlauf und bitte Sie, sehr ver-
ehrte Frau Staatssekretärin, um Ihr
Grußwort.

Kinder schenken unbegrenztes Vertrauen und Zuversicht

Johanna Lichy,

Staatssekretärin im Sozialministerium Baden-Württemberg

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Landesbischof Dr. Maier, Herr Präsident Neugart, sehr geehrte Frau Raiser, meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung, der Herr Ministerpräsident Günther Oettinger leider nicht persönlich nachkommen konnte. So hat er mir aufgetragen, Sie alle aber sehr herzlich von ihm zu grüßen.

Gerne vertrete ich ihn, wenn die Landessynode 2005 einen ganzen Tag ihrer Sommertagung der „Familie“ widmet. Dieses Anliegen liegt auch mir persönlich ganz besonders am Herzen. In den letzten Jahren ist nicht nur aufgrund der demografischen Verschiebungen der Wert von „Familie“ zu Recht in den Mittelpunkt gerückt. Denn Familie ist

die Basis des Einzelnen und des gesellschaftlichen Ganzen. Familien und ihre Kinder sichern unsere Zukunft.

Kinder und Familie sind eine Investition mit unvergleichlichem ideellem Gewinn. Ich sage dies aus persönlicher Erfahrung und Überzeugung. Wie kann nun der Staat mit seinem Instrumentarium zur Entscheidung für Kinder ermutigen und das Leben mit Kindern „familienfreundlich“ gestalten?

Neben der Frage der stabilen Partnerschaft, der beruflich gesicherten Position, der finanziellen Förderung der Familie usw. ist es das familien- und kinderfreundliche Klima in unserem Land, im örtlichen Umfeld, das uns vor Augen führen kann, was Kinder in einmaliger Weise schenken:

Spontaneität, Kreativität, Zuneigung und unbegrenztes Vertrauen und Zuversicht.

Was Kinder durch ihre Anwesenheit auslösen, ist mit keiner anderen Ursache vergleichbar! Und bei der Werbung mit diesem „Unvergleichlichen“ müssen wir ansetzen.

2. Handlungsnotwendigkeit auf Grund des demografischen Wandels

Meine Damen und Herren, zumindest in einem gewissen Widerspruch zu diesem Selbstwert von Familie und Kindern steht die demografische Entwicklung: Wir werden immer älter und weniger. Bekanntlich befasst sich in dieser Legislaturperiode auch eine Enquetekommission des Landtags mit dem demografischen Wandel in unserer Gesellschaft. Der Bericht mit den Handlungsempfehlungen wird Ende des Jahres vorliegen.

Alle statistischen Erhebungen zeigen, dass Ehe und Kinder keine Selbstverständlichkeit mehr sind, sondern eine von mehreren Optionen. Als junge Menschen zwischen 13 und 22 Jahren vor kurzem gefragt wurden, wie sie sich selbst im Positiven wie im Negativen

sehen, antwortete fast ein Drittel: „Das Leben genießen“ sei das vorherrschende Lebensgefühl. 28 Prozent sahen sich auf der anderen Seite „perspektivlos und verunsichert“. Bei der Selbsteinschätzung glaubten nur 3 Prozent, sie seien familiär und freundschaftsbezogen.

Dieser Trend wirkt sich auf alle Bereiche der Lebensgestaltung aus. Die Zahl der Eheschließungen sank in den letzten 15 Jahren kontinuierlich. Dem gegenüber stieg die Zahl der Ehescheidungen im gleichen Zeitraum kontinuierlich und massiv an. In den baden-württembergischen Familien leben im Schnitt noch 1,7 Kinder pro Familie. Unsere Geburtenquote in Baden-Württemberg liegt mit 1,36 Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter höher als der Bundesdurchschnitt, aber sie ist bei weitem nicht bestandserhaltend.

Der demografische Wandel ist von einer Dynamik gekennzeichnet, die im Alltag fast unmerklich ist. Aber in der Langzeitwirkung wird der Wandel zu tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen führen. Seit dem Jahr 2000 leben in Baden-Württemberg mehr

Menschen, die 60 Jahre und älter sind, als Menschen, die 20 Jahre und jünger sind. Und diese Verschiebung innerhalb der Bevölkerungsstruktur wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Die fortschreitende Alterung hat Auswirkungen auf alle Gesellschaftsbereiche:

- auf Kinderbetreuung und Bildung,
- auf den Arbeitsmarkt,
- aber auch auf das Gesundheitswesen und
- die Versorgung im Alter.

Dennoch, macht es wirklich Sinn, Angst vor der Zukunft zu haben?

Angst lähmt. Wir sollten uns vielmehr bewegen und die Chancen des gesellschaftlichen wie demografischen Wandels begreifen und aktiv angehen.

3. Zukunftswerkstatt Familien des Landes Baden-Württemberg

Kinderlosigkeit ist ja selten Ausdruck einer Abwehrhaltung gegenüber Kindern, sondern das Ergebnis einer Abwägung

zwischen verschiedenen Lebensentscheidungen. Je attraktiver die Alternativoptionen erscheinen, desto eher wird der Kinderwunsch zurückgestellt. Im Umkehrschluss: Je attraktiver die Alternative „Leben mit Kindern“ im Alltag erlebbar wird, desto eher wird eine Entscheidung zu Gunsten von Kindern gefällt.

In Baden-Württemberg ist eine Politik für Familien und Kinder schon seit Jahren zentrales Anliegen der Gesellschaftspolitik. Das Land hat eine durchaus eigenständige Familienpolitik im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern. Ein Schwerpunkt dieser Familienpolitik ist die finanzielle Unterstützung einkommensschwächerer und besonders belasteter Familien.

Das andere wichtige Standbein der Familienpolitik des Landes besteht in der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Partnern und vielfältigen Akteuren im Interesse von Familien. Jungen Menschen muss von vielen Seiten signalisiert werden, dass Kinder in unserer Gesellschaft erwünscht sind und Anliegen der Familien ernst genommen werden. „Familienorientierung“ muss

daher ein Leitbild in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sein. Im Vordergrund muss stehen, den Alltag von Müttern und Vätern mit Kindern zu erleichtern, vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Dies ist das Ziel der im Jahr 2003 von der Landesregierung ins Leben gerufenen „Zukunftswerkstatt Familien“.

Kern der „Zukunftswerkstatt Familien“ ist der Aufruf an alle gesellschaftlichen Kräfte und über alle Politikfelder hinweg, die Belange und Interessen von Familien stärker als bisher zu berücksichtigen.

Das Land selbst nimmt sich natürlich auch in die Pflicht: Alle Vorschriften und Aktivitäten des Landes werden auf ihre Auswirkungen auf Familien überprüft. Ziel ist, negative Auswirkungen auf Familien zu vermeiden und möglichst viele Verbesserungen zugunsten von Eltern und Kindern zu erreichen.

Aber nicht nur alle politischen Kräfte, sondern auch Verbände, Sozial- und Betriebspartner, Initiativen, letztlich alle Verantwortlichen für die Lebensbedingungen von Menschen sollen motiviert

werden, „konzertiert“ an dieser Zukunftswerkstatt mitzuwirken und in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich familienbezogene Akzente zu setzen.

3.1. Mitwirkung der evangelischen Kirche an der Zukunftswerkstatt Familien des Landes Baden-Württemberg

Das Land hat seine Hand in Sachen „Familie“ allen entgegengestreckt, die es betrifft. Wir haben bereits Ende 2003 alle Partner um Mitwirkung bei der „Zukunftswerkstatt Familien“ gebeten. Sie als evangelische Kirche haben die Idee aufgegriffen und mehrfach in der jüngsten Vergangenheit unter Beweis gestellt, wie Sie als Kirche die Belange von Familien erleichtern und wertorientiert gestalten wollen. Nicht zuletzt durch den heutigen Tag, der schwerpunktmäßig dem „Zukunftsmodell Familie“ gewidmet ist.

Solche Aktionen tragen ganz sicher zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung bei. Der Begriff „Zukunftsmodell“ stellt per se klar, dass Familie kein

Auslaufmodell ist. Ein Miteinander von Menschen mehrerer Generationen, die sich ergänzen, prägen und aufeinander angewiesen sind, die miteinander lachen und traurig sind, ist auch in Zukunft so lebensnotwendig, wie in den letzten Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte. Sie werden heute hierzu neue Thesen diskutieren.

Meine Damen und Herren, es ist mir ein Anliegen, heute Ihr kirchliches Engagement auch an anderer Stelle zu würdigen. Denn genau diese aktive „Einmischung“, Mitwirkung von vielen sucht das Land und brauchen Familien.

Im Rahmen der Synode der EKD im November letzten Jahres standen Sozialreformen, Generationengerechtigkeit und die Politik für Familien im Mittelpunkt der Erörterungen. Die evangelische Kirche forderte bei dieser Gelegenheit ausgehend von einem „Miteinander der Generationen“, die Lasten, die Kinder mit sich bringen, möglichst auf alle zu verteilen. Sie verpflichtete sich damals wie heute, in dem eigenen Zuständigkeitsbereich eine familienfreundliche Arbeitgeberin zu sein.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg will ganz konkret – alle zwei Jahre – herausragendes Engagement in den Kirchengemeinden auszeichnen und publik machen mit der Verleihung eines Preises für die „Familiengerechte Gemeinde“. Gutes bereits Bestehendes oder auch innovative Projekte mit kreativen und modellhaften Angeboten zur Stärkung von Ehe und Familie sollen belohnt werden! Zu diesem Zweck wird heute erstmals ein Preis verliehen für familienfreundliches Engagement und Handeln von Kirchengemeinden oder aus ihnen hervorgegangene Initiativen.

Solche Aktionen machen Mut und setzen Zeichen! Wenn so jeder an seiner Stelle Partei ergreift für Familie, dann wird sie ein Modell der Zukunft bleiben.

3.2. Werkstück „Familienbildung der Zukunftswerkstatt“

Das Land selbst bietet auf verschiedenen Wegen, direkt oder indirekt, Familien Unterstützung im Alltag an. Einige Projekte möchte ich Ihnen hier darlegen.

Hilfe zur (partnerschaftlichen) Bewältigung der Aufgaben im Familienalltag etwa gibt die Familienbildung. Im Jahr 2003 hat das Sozialministerium die Handreichung für Familienbildung „Familien stark machen – neue Wege beschreiten“ herausgegeben, um die Schaffung eines modernen Familienbildungsangebots im Land anzuregen. Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen oder veränderte Ansprüche an die Elternrolle können durch Familienbildungsangebote präventiv unterstützt werden. Ziel ist es, erziehende Mütter und Väter „stark“ zu machen, damit sie die Probleme, Krisen und Konflikte im familiären Leben bewältigen können.

Neuester Beitrag der Kirchen auf dem Gebiet der erzieherischen Angebote ist das BW family tv, das vor einigen Tagen seine Sendelizenz erhalten hat. Der Sender, an dem sich die Kirchen in Baden-Württemberg über ihre Produktionsgesellschaften beteiligen, soll zu Beginn des nächsten Jahres mit einem werteorientierten Familienvollprogramm starten. In der flächendeckenden Bereitstellung von Hilfen bei der Wahrnehmung

von Erziehungsaufgaben liegt ein enormes präventives Potential, das heute mehr denn je benötigt wird. In idealer Weise kann es sich verbinden mit Angeboten, die Eltern in der Arbeit von Elterninitiativen, Mütterzentren etc. entwickeln.

3.3. Internetportal „Familienfreundliche Kommune“

Einen anderen methodischen Ansatz wählt das im letzten Jahr freigeschaltete Internetportal www.familienfreundliche-kommune.de; es wurde im Auftrag des Ministeriums von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle im Statistischen Landesamt entwickelt. Dank intensiver Mitwirkung von inzwischen etwa 700 Kommunen können mit seiner Hilfe alle interessierten Web-Nutzer erfahren, wie es gelingt, das örtliche Lebensumfeld familienfreundlicher zu gestalten. 280 bisher dokumentierte Praxisbeispiele belegen die Kreativität in den Kommunen. Das Portal wird laufend aktualisiert. Dieses landesweite virtuelle Schaufenster der kommunalen Familienfreundlichkeit wird in Zukunft

noch durch Kreis- und Regionalveranstaltungen für Kommunen in Kommunen ergänzt.

3.4. Werkstück „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“

Eine der erfreulichen Entwicklungen, die zunehmend an Bedeutung gewinnen, ist die weitere Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen für Familien. Damit meine ich den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Die Veränderungen in der Lebenswelt der Menschen und der damit verbundene gesellschaftliche Wandel erfordern dies.

Es ist heute fast die Regel, dass zur Lebensplanung der jungen Generation Familie und Berufstätigkeit gehören, in zunehmendem Maße bereits im Kleinkindalter. Dieser Herausforderung hat sich die Familienpolitik des Landes frühzeitig gestellt. Im Kindergartenbereich haben wir Vollversorgung erreicht. Die Anzahl der Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten sowie der altersgemischten Gruppen hat sich bis 2004

mehr als verdreifacht, die Anzahl der Ganztagsgruppen mehr als verdoppelt. Diesen Trend wollen wir fortsetzen.

Die Weichen für einen bedarfsgerechten und vielfältigen Ausbau der Kleinkindbetreuungsangebote hat die Landesregierung bereits Anfang 2002 mit dem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ gestellt. Für die Umsetzung dieses Konzepts stehen jährlich rund 15 Mio. Euro an originären Landesmitteln zur Verfügung.

Die aktuellen Zahlen sehen wie folgt aus: In den drei Säulen der Kleinkindbetreuung, Krippenplätze, altersgemischte Gruppen und Tagespflege, verfügt Baden-Württemberg derzeit über knapp 19.000 Betreuungsplätze. Dies entspricht einem Versorgungsgrad von 6,7 Prozent und ist eine Quote, die sich in den alten Bundesländern sehen lassen kann. Wir sind auch hier eine gute Wegstrecke vorangekommen.

Derzeit diskutieren wir mit den kommunalen Landesverbänden sowie mit den kirchlichen und sonstigen freien Trägerverbänden, wie wir gemeinsam einen

bedarfsgerechten Ausbau in den nächsten Jahren weiterentwickeln können.

3.5. Agenda für „Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung“

Lassen Sie mich abschließend ein weiteres Kooperationsprojekt erwähnen. Gemeinsam mit der Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände entwickeln wir zurzeit eine Agenda für „Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung“. Wir wollen gemeinsame Projekte zu diesem aktuellen Themenspektrum vereinbaren und zügig umsetzen. Sie sehen die Bandbreite der bereits gemachten Handlungsansätze aus vielen Händen!

4. Schlussbemerkung

Mein sehr geehrten Damen und Herren, diese Palette unserer gemeinsamen Anstrengungen wird auf Anregung von Herrn Ministerpräsidenten Oettinger noch um die Gründung einer Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ ergänzt. Mit ihr sollen Projekte zur Stär-

kung kindgerechter und familienfreundlicher Strukturen gefördert werden. Diese neue Stiftung wird die seit Jahren als individuelle Einzelfallhilfe bewährte Landesstiftung „Familie in Not“ ergänzen.

Abschließend möchte ich noch betonen: Die Stimme der Kirchen wird für die Landesregierung auch künftig großes Gewicht im gemeinsamen Chor derjenigen haben, die sich für Familien stark machen. Das Land ist dankbar für diese Unterstützung und froh um jeden Mitstreiter für die Interessen von Familien. Nur eine konsequent an den Interessen der Familien mit Kindern ausgerichtete Politik auf allen Ebenen stellt die Weichen für die Zukunft richtig. Nur dann fassen wieder mehr junge Menschen Mut, zueinander und zu Kindern zu finden. Dieses Ziel ist unsere gemeinsamen Anstrengungen wert!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Stolz auf die Vielfalt und den Reichtum in den Gemeinden

Hartmut Hühnerbein,

Vorsitzender des Ausschusses Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit

Herr Präsident, verehrte Synodale, liebe Gäste, liebe Haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende in den Themenbereichen der Familie unserer Kirche!

Zunächst möchte ich mich stellvertretend für den Synodalausschuss Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit den in der Eingangsrede ausgesprochenen Dankesworten unseres Präsidenten für die Mitarbeitenden bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Prozesses anschließen. Jeder von uns hat Ehe- und Familienerfahrung, ob gute oder schlechte. Jeder hat vielfältige Erfahrung gemacht und hat täglich ausreichendes Anschauungsmaterial in den eigenen vier Wänden und/oder in des Nachbarn Haus, auf den Straßen, beim Einkaufen.

Darüber hinaus haben wir alle schon unzählige Geschichten aus der eigenen Ehe, der Ehe unserer Verwandten und

Nachbarn, aus der eigenen Familie und aus den fremden Familien gehört, dass keiner von uns in der Lage wäre, die Zahl der gehörten und gelebten Ehe- und Familiengeschichten auch nur annähernd richtig zu schätzen.

Wir sind alle Experten – ohne Ausnahme. Auch wenn die Erinnerungen an die eigene Familie sehr unterschiedlich ausfallen, sind sie da, auch wenn es vielleicht in vielen Fällen oft nur eine Geschichte von Mangelercheinungen wäre. Sind Ehe und Familie Auslaufmodelle? Kann man auf diese Modelle zukünftig verzichten?

In der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung heißt es: „Familie ist für uns, wo Kinder sind. Uns geht es um die Kinder und die Eltern, unabhängig davon, in welcher Lebensgemeinschaft sie zusammenleben.“ Welche Folgen

hat es, wenn wir den Vorrang und den Wert der Familie vernachlässigen, wenn wir an dem Ast der Institution Familie sägen oder wenn wir ihr nicht den Stellenwert und die Wertachtung geben, die sie braucht? Was geschieht, wenn wir weiter zulassen, dass möglicherweise Familien besonders leiden, unter Druck kommen oder baden gehen? Deshalb ist es zunächst erfreulich festzustellen, dass in fast allen gesellschaftlichen Gremien, Institutionen, Werken und Verbänden – wir haben es durch das Grußwort der Staatssekretärin gehört – das Thema Familie an oberster Stelle rangiert. Die Shell-Jugendstudie 2000 hat festgestellt, dass 85 Prozent der jungen Leute Beruf und Familie als zwei gleichgewichtige Eckpfeiler in ihrem Leben betrachten, und doch bleibt ein Drittel aller Frauen kinderlos. In keinem Land der Europäischen Union kommen weniger Kinder zur Welt als gegenwärtig in Deutschland.

Es gibt auch immer wieder unterschiedliche Aktionen, gerade auch im Bereich der Werbung, die uns das Thema Familie vor Augen führen. Häufig gibt es allerdings auch Werbeaktionen mit dem

Thema Familie, die einem die Haare zu Berge stehen lassen. So hat ein Tankstellenkonzern vor gar nicht langer Zeit neue Kunden gewinnen wollen mit einer Anzeige, in der eine Familie mit sechs Kindern abgebildet war, die eher ein bisschen hinterwäldlerisch schien, und dazu gab es den Werbeslogan: „Günstiger tanken – Geld für Kondome haben.“ Aufgrund zahlreicher Proteste hat das Unternehmen die Werbung wieder zurückgenommen, aber sie stand immerhin in den auflagenstärksten Magazinen unseres Landes.

Auch hier wird deutlich, welche Achtung die Familie in unserer Gesellschaft vielfach hat.

Der Synodalausschuss Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit hat bei der Vorbereitung dieses Themas den Entschluss gefasst, dieses synodale Schwerpunktthema als Prozess zu gestalten.

Nur so war es möglich, im Vorfeld unterschiedliche Aspekte zu werten und das Thema Familie aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten. Uns war klar, dass wir diesem Thema nicht

gerecht werden, wenn wir uns nicht auf einige zentrale Fragen beschränken. So haben wir uns auf drei wesentliche Leitfragen verständigt: Wie machen wir die Familie stark? Wie machen wir die Gemeinden für die Familie stark? Wie kann Kirche zum Anwalt der Familie werden?

Wir haben uns zunächst im Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit sehr ausführlich mit diesem Thema und der Fragestellung befasst, indem wir selbst vor dem eigenen Erfahrungs- und Berufshorizont unterschiedliche Kurzreferate gehört haben, um selbst einen Zugang zum dem Thema zu bekommen. Dann haben wir einen Unterausschuss und einzelne Arbeitsgruppen zu Teilaufgaben gegründet. An dieser Stelle möchte ich ganz herzlich der Synodalen Gisela Wohlgemuth danken, die in all diesen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen jedes Mal, eineinhalb Jahre lang, das Protokoll geführt hat. Das hat sie mit großer Souveränität gemacht. Sie hat den Projektplan verfolgt, die Arbeitspakete beschrieben und die Meilensteine gesetzt. Sie hat es gemacht, als wäre Projektmanagement

das Thema ihres Lebens gewesen; aber wahrscheinlich ist es eher das Ergebnis einer Familienfrau mit fünf Kindern. Den Blumenstrauß hole ich gleich aus meinem Koffer! Letztlich sind aber alle Ergebnisse und Erkenntnisse wieder in dem Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit zusammengebunden worden, die dann auch zu dem vorliegenden Antrag geführt haben.

Unser Prozess „Zukunftsmodell Familie“ hatte seinen Startschuss im November letzten Jahres mit der Herbstsynode. Die damals in Planung befindlichen einzelnen Schritte sind auch zur Umsetzung gekommen. Viele Synodale haben uns gesagt: Habt ihr euch da nicht ein großes Paket aufgeladen? In der Tat, es war groß, aber viele haben es mitgetragen. Wir haben eine Umfrage durchgeführt in den Kirchenbezirken Schwäbisch Hall, Böblingen, Neuenbürg, Biberach, Heilbronn mit einer großen Beteiligung und einem hohen Rücklauf, der fast an die 90 Prozent betrug, sodass wir heute Ausschnitte dieses Datenmaterials präsentieren können. Unten im Foyer kann man einzelne Teilergebnisse zur Kenntnis nehmen. Aber die Erkenntnis-

se und die vorliegenden Daten bedürfen noch einer weiteren Auswertung. Sie zeigen Perspektiven auf, in welcher Weise die Weiterarbeit in diesem Feld in unserer Kirche zu gestalten ist. In den Fragebogen haben wir generationsübergreifende Aspekte erhoben und die Angebote der Gemeinden, aber auch Modelle familienbezogener Arbeit abgefragt und erkundet, sodass wir auch eine Liste von guten, gelungenen Beispielprojekten haben. Ebenso wurde deutlich, welche Kooperationen es für die familienbezogene Arbeit in den einzelnen Kirchengemeinden gibt. Die beteiligten Dekanate, denen hier ganz herzlich gedankt sei, haben sicherlich den größten Gewinn, weil sie einen guten Überblick über die familienbezogene Arbeit in ihrer Region gewonnen haben. Wir haben insgesamt als Landeskirche auch eine repräsentative Schau über das Angebots- und Aufgabenprofil über die Netzwerke unserer Arbeit.

In den Prälaturen Ulm, Reutlingen, Heilbronn, Stuttgart haben wir Workshops zu den Themen „Der gesellschaftliche Wandel und die Situation der Familie in Baden-Württemberg heute“, „Die

soziale Lage der Familie vor dem Hintergrund der Umsetzung der neuen Sozialgesetzgebung“, zur „Bedeutung der Familie für die religiöse Bildung der nachwachsenden Generation“ und über „Die familienbezogene Arbeit in der Kirchengemeinde“ durchgeführt. Diese Ergebnisse haben wir ausgewertet und bei unseren Beratungen mit einbezogen. Sie spiegeln sich auch zum Teil in den Anträgen wider. Die Impulsreferate dieser Workshoptreffen in den einzelnen Regionen finden Sie in der Broschüre „Präsentationen der familienbezogenen Arbeit“ im ersten Abschnitt dokumentiert. Hier sei allen Referenten ganz herzlich gedankt. Danken möchte ich aber auch den Synodalen, die sich in diese Gesprächsrunden vor Ort haben einbinden lassen, um die Diskussion mitzugestalten, aber vor allen Dingen aber auch ihr Hörrohr auszufahren, um zu hören, wie sich familienbezogene Arbeit in den Regionen gestaltet.

Wir haben in der Vorbereitung dieses Schwerpunkttages sehr viele Briefe und Anregungen von unterschiedlichen Gruppen, Arbeitskreisen, Einrichtungen, Werken und Verbänden unserer Kirche,

aber auch darüber hinaus erhalten. Viele haben den Wunsch geäußert, sich an diesem Tag mit ihrer Arbeit präsentieren und einbringen zu können. Die Flure und Gänge hier hätten nicht ausgereicht, um die ganzen Stände aufzubauen und die Informationen auszulegen, die es dazu gib. Aber bei dem begrenzten Zeitfenster, das wir zur Bearbeitung dieses Themas in dieser Synode haben, hätten wir alle diese Angebote und Informationen gar nicht würdigen und wertschätzen können, sodass wir uns entschlossen haben, im zweiten Teil der Präsentation die familienbezogene Arbeit von Einrichtungen, Werken und Verbänden in einer Materialsammlung aufzulisten, in der sich Einrichtungen unserer Kirche, die in der familienbezogenen Arbeit tätig sind, vorstellen können. Wir haben darauf geachtet, dass dies knapp und kurz geschieht, weil es darum geht, einen Überblick zu vermitteln. So konnten viele ausführliche interessante Berichte und Beschreibungen nicht mit aufgenommen werden. Aber wir haben so eine Sammlung von Visitenkarten, in denen sich zum einen die Träger mit ihren Einrichtungen vorstellen, dann kurz beschreiben, welchen Zielgrup-

pen sie sich in besonderer Weise zuwenden und welche aktuellen Themen sie gegenwärtig, bezogen auf Familie, bearbeiten. Zunächst können wir stolz sein und uns freuen über die Vielfalt und den Reichtum, den wir in unserer Kirche haben. Ich bitte aber auch um Verständnis bei den vielen sonstigen Arbeitskreisen, Organisationen, Werken und Verbänden, den Parteien und Kommunen des Landes und des Bundes, die sich angemeldet haben und sich gerne hier mit eingebracht hätten. Die uns zugegangenen Unterlagen versinken nicht im Archiv des Synodalebüros, sondern wir haben dies weitergeleitet an die entsprechenden Einrichtungen unserer Kirche, damit diese Angebote wahrgenommen und die Arbeitsergebnisse in die eigene Arbeit mit einbezogen werden können und gegebenenfalls daraus auch Kooperationen erwachsen.

Wir sind dankbar für den Weg, den wir bislang mit diesem Thema gegangen sind. Durch Befragung, Workshops und Fachveranstaltungen wollten wir, dass möglichst viele teilhaben können an diesem Prozess. Wir sind auch im Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und

Öffentlichkeit sehr dankbar, dass viele Synodale sich in Arbeitsgruppen und im Unterausschuss mit engagiert hatten, aber auch tatkräftig in den Fachveranstaltungen mitgewirkt haben – bis dahin, dass es schon eine Reihe von Dekanaten gibt, die das Familienthema als Schwerpunktthema bearbeitet oder gegenwärtig noch in Planung haben.

Dieser Schwerpunkttag „Zukunftsmodell Familie“ ist nicht das Ende eines Prozesses, sondern eine Zwischenstation. So wünschen wir uns, dass die Thesen, die als Antrag vorliegen, als unser Beitrag als Synode für die innerkirchliche und die öffentliche Diskussion im Internationalen Jahr der Familie 2005 mitdienen und die Diskussion weiter vorantreiben. Darüber hinaus wird es Einzelanträge zur weiteren Bearbeitung geben und was uns natürlich in besonderer Weise freut, ist, dass mit der Verleihung des Preises des Landesbischofs „Familienfreundliche Gemeinde“ das Thema noch in besonderer Weise in der Öffentlichkeit zur Sprache kommt.

Wie haben wir uns nun diesen Tag vorgestellt? Zunächst werden wir die

Referate zum Schwerpunktthema „Zukunftsmodell Familie“ von Frau Brunhilde Raiser und Herrn Erich Stutzer hören, die aus ihrem Blickwinkel und vor dem Hintergrund ihrer Aufgabenfelder uns in das Thema mit hineinnehmen, Anregungen und Impulse geben. In den anschließenden Meeting-Points ist dann die Gelegenheit gegeben, sich zum einen über die Referate auszusprechen und zum anderen aus den Thesen jeweils einen Block zu bearbeiten und zu beraten, sodass wir dann heute Nachmittag über diesen Antrag befinden können.

Deshalb möchte ich diesen Antrag 15/05 mit den Thesen hiermit einbringen, verbunden mit der Hoffnung, dass wir heute Nachmittag auch zur Verabschiedung dieses Antrags kommen und möglicherweise auch Korrekturen vornehmen oder das eine oder andere noch glätten oder sprachlich verändern können. Wenn es denn so ist, wie die Staatssekretärin gesagt hat – „Die Stimmen der Kirchen haben Gewicht“ –, dann sollten wir vielleicht mit diesen Thesen unserer Kirche eine Stimme geben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Zur Familie gehören Verlässlichkeit und Verbindlichkeit

Brunhilde Raiser,

Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland

Sehr geehrte Synodale, sehr geehrter Herr Landesbischof, sehr geehrte Mitglieder des Oberkirchenrates, sehr geehrte Damen und Herren!

„Zukunftsmodell Familie“ so lautet der Titel des heutigen Schwerpunkttages, der der eingehenden Befassung mit dem in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und nun auch in Kirche hoch aktuellen Thema Familie vorbehalten ist. Thesen sollen diskutiert, ggf. korrigiert und verabschiedet werden, mit denen sich die Landeskirche in den Dialog um „Familie“ einbringen will, die sie aber auch zu Positionierung und Handeln innerhalb und außerhalb der Kirche verpflichten. Mein Beitrag soll dazu dienen, Ihnen den Blick auf das umfangreiche Thema Familie aus der Sicht einer langjährigen Verantwortlichen in konfessionellen und nicht konfessionellen Frauenverbänden zu ermöglichen.

Mit dieser Zugangsweise bildet die württembergische Synode den Ansatz des im August erscheinenden siebten Familienberichtes der Bundesregierung ab, nämlich: das Thema Familie aus der Sicht ihrer einzelnen Mitglieder anzugehen, Familie also nicht einfach als eine Blockeinheit zu verstehen – vielmehr die jeweiligen Lebensläufe in ihrer großen Unterschiedlichkeit zu berücksichtigen.

Ich werde also in meinem Beitrag diese besondere Sicht einnehmen, durchaus zwar auch auf Positionen und Forderungen der Frauenverbände (also des Deutschen Frauenrats, der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland, des Dachverbands des Frauenwerks Württemberg, der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland und des Dachverbands der Frauenarbeit Württemberg) verweisen, nicht aber ein Statement aus der Sicht eines dieser Verbände halten. Vielmehr

möchte ich Impulse geben zur Meinungsfindung, zur Verständigung auch über die Grenzen der Gesprächskreise hinweg.

Da die Verantwortlichen dieses Tages – wie sie mir deutlich gesagt haben – auch sehr bewusst eine Theologin eingeladen haben, werde ich versuchen, entsprechend Linien aufzuzeigen, immer wieder darauf hinweisen, wo und wie ich Verbindungen sehe zwischen politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen und theologischen Begründungen. Nicht zu leisten ist jedoch eine umfassende theologische Auseinandersetzung mit dem Thema und dessen Umsetzung in den Kirchengemeinden in diesen etwa 30 Minuten Redezeit.

„Familienatlas 2005,“ „Familienfreundlichkeit – Nachhaltige Familienpolitik“ oder „Generationenvertrag“ oder „Generationengerechtigkeit“ oder „Keiner lebt für sich allein – vom Miteinander der Generationen“, wie das Thema der EKD-Synode zu Familie lautete oder „**Allianz für Familie**“ – die von Repräsentanten aus Wirtschaft und Gewerkschaften getragen und von **Kirchen-** und Familienverbänden unterstützt wird. – Dies

sind nur einige der Ansätze, Titel oder Projekte, die derzeit hoch im Kurs sind.

Ein Hauptauslöser für diesen Kurswert ist bedenklich. Familie ist vor allem in den Blick gekommen, weil die Angst vor der demographischen Entwicklung um sich greift. Aussagen wie:

- die Gesellschaft überaltert
- Deutschland stirbt aus
- die Sozialsysteme sind nicht länger finanzierbar

und viele ähnliche sind bekannt und werden nur von den allerwenigsten auf ihre Stichhaltigkeit hin befragt. Es ist nicht die Aufgabe der Statistiker, dies zu befragen, sondern es ist die Aufgabe der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, diese Daten zu deuten.

Aber mit der „Keule“, wie ich es nenne, „demographische Entwicklung“, die mit einem Katastrophenszenario für 2050 arbeitet, lassen sich viele unbequeme Entscheidungen der Politik scheinbar gut rechtfertigen. Ich kann an dieser Stelle nicht ausführlich in die Demographiediskussion eintreten – für unser Thema ist jedoch wichtig:

-
1. Mit dem Datum 2050 wurde die für die Prognose ungünstigste Zehn-Jahresstufe gewählt. Für 2040 und für 2060 sehen die Zahlen gravierend anders aus, durchaus weniger erschreckend.
 2. Die benannten wirtschaftlichen Bedrohungen durch den so genannten Altersquotienten sind nur dann seriös begutachtet, wenn auch der Jugendquotient mit verrechnet wird. Denn es gibt demzufolge dann nicht nur mehr ältere Menschen, sondern weniger jüngere, deren ebenfalls sehr hohe Kosten dann in geringerem Maße anfallen.
 3. Die Leistungsfähigkeit älterer Menschen wird nicht berücksichtigt, sondern sie werden vielmehr zu einem Heer von zu Versorgenden abgewertet. Hier hat insbesondere die Kirche deutlich ihre Stimme zu erheben. Sie kann aufgrund ihrer biblisch-theologischen Grundlagen den Wert des Alters verdeutlichen und damit einen kräftigen Gegenakzent setzen. Vielleicht kann sie sich da sogar mit der Wirtschaft verbünden, die nach und nach die unterverzichtbaren Kompetenzen

älterer Menschen wieder entdeckt.

4. Die Prognosen für 2050 sind Prognosen. Sie sind kein unveränderliches Naturgesetz, sondern durch politische Maßnahmen beeinflussbar.

Dies geschieht gerade, und es ist vorrangig zu analysieren wie und in welche Richtung.

Es ist nicht verwerflich, wenn ein Staat Bevölkerungspolitik betreibt, auch wenn dies in Deutschland mit durchaus schwierigen Konnotationen versehen ist. Familienpolitik muss aber ihren eigenen Stellenwert haben, wenn der Staat dem Grundgesetzartikel 6 tatsächlich gerecht werden will. Ebenso aber darf nicht Frauenpolitik unter Familienpolitik subsumiert werden. Denn das hieße oder heißt nichts anderes, als Frau über Familie zu definieren bzw. Frauen, die nicht Mütter sind, als defizitär zu sehen. Dem steht jedoch der Grundgesetzartikel 3 entgegen und das christliche Menschenbild, das die Gleichwertigkeit der Geschlechter betont und deren jeweiligen individuellen Wert nicht von bestimmten Leistungen abhängig macht.

Vor diesem Hintergrund nun weiter zu „Familie als Zukunftsmodell“– oder zu der politischen Zielsetzung der Bundesrepublik, Deutschland zum kinderfreundlichsten Land in Europa zu machen. Da stellt sich zunächst die Frage nach der Definition von Familie. Mehrheitlich besteht Zustimmung zu der Aussage: Familie ist da, wo Kinder sind. Darauf haben sich auch die konfessionellen Frauenverbände verständigt.

Diese Definition verstehe ich als eine Minimaldefinition, die vage bleibt hinsichtlich dessen, wie lange eine Familie damit als solche gilt (bis zur Kindergeldgrenze 27 Jahre oder solange Kinder welchen? Alters in ihr leben?) Jedoch weitet diese Definition zumindest das herkömmliche und nicht haltbare Verständnis, dass Familie selbstverständlich nur Vater, Mutter und Kinder bedeutet.

Das ist schon aufgrund des Grundgesetzartikels 6 (also des Artikels über Ehe, Familie, Kinder) nicht länger vertretbar, wenn es dort heißt in Absatz 5: *„Den nichtehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische*

Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen.“

Herausgefordert durch die provokativen Fragen Jesu: **„Wer ist meine Mutter“ – Wer sind meine Brüder“** oder ich fasse weiter – wer ist meine Familie? – sind wir als Christinnen und Christen gehalten, Familie zumindest da zu sehen, wo verantwortlich und beständig durch eine oder mehrere feste Bezugspersonen für Kinder gesorgt wird. Denn Jesu Hinterfragen öffnet den Blick und verweist auf die Verantwortung untereinander und vor Gott, die gerade eine Beschränkung auf die engere Familie oder deren Bevorzugung nicht zulässt.

Die Vater-Mutter-Kinder-Familie – ausgehend von miteinander verheirateten Eltern – ist nur eine von vielen Möglichkeiten, Familie verantwortlich und selbst über Brüche hinweg verbindlich zu leben. Darum, um diese Verbindlichkeit und um Tragfähigkeit muss es aber letztendlich gehen. Familien sind auch die Ein-Eltern-Familien, die Patch-Work-Familien, die Familien

von Lebenspartnern, die Adoptiv- und Stieffamilien und auch die Regenbogenfamilien, also die Familien gleichgeschlechtlicher Eltern.

Zunehmend wird es in den Frauenverbänden und darüber hinaus Konsens, Familie zu definieren als den Ort, wo mindestens zwei Generationen in gegenseitiger Verantwortung leben. Diese Definition nimmt ernst, dass zu Familie Verlässlichkeit und Verbindlichkeit gehören. Sie lässt aber positiv offen, welche Altersgenerationen verbunden sind und welche Mitglieder in ihr leben. Außerdem trägt sie der Tatsache Rechnung, dass es eine wachsende Vielzahl von so genannten „Pflegerinnen-Familien“ gibt, deren Bedürfnisse hinsichtlich entsprechender Rahmenbedingungen und gesetzlicher Regelungen – wie z. B. arbeitsrechtlicher – weder im Blick sind, geschweige denn berücksichtigt werden.

Für Kirche ergibt sich hier die klare Herausforderung, das vierte Gebot mit dem erweiterten Familienverständnis zusammen zu denken und daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Denn letztendlich

geht es im vierten Gebot um die verpflichtende Fürsorglichkeit der jüngeren Generation für ältere.

Die Pflegeleistungen, die in den Familien – und dort fast ausschließlich von Frauen – erbracht werden, müssen wohl in einem größeren Zusammenhang gesehen werden, damit sich ein notwendiger und spürbarer Paradigmenwechsel vollzieht. Ute Gerhard hat darauf u. a. in ihrem Beitrag für die EKD-Synode hingewiesen. Erziehungs- und Betreuungsarbeit innerhalb und außerhalb von Familie – hier also erwerbsmäßig – müssen unter dem Care-Aspekt als Fürsorgeleistungen gesehen werden, von denen die gesamte Gesellschaft lebt und profitiert. Das könnte zu der dringend überfälligen Neubewertung bzw. Aufwertung dieser Arbeiten führen. Flankierend müssen jedoch sofort Maßnahmen ergriffen werden, diese Care-Arbeit nicht weiter geschlechtsspezifisch – sprich von Frauen – zu erwarten. Care wird zu einem hohen Prozentsatz im Bereich von Diakonie geleistet – Kirchengemeinden haben ein weit gefächertes Angebot in diesem Bereich. Beide könnten hier eine Vorreiterrolle einnehmen – gerade auch

um die Diskussion über Fürsorglichkeit entsprechend anzuregen und dann mit politischen Forderungen zu begleiten. Vielleicht könnte ein künftiges Kriterium für die Preisvergabe an „familienfreundliche Gemeinden“ durch die Landeskirche die Frage sein, wie Fürsorglichkeit in ihren Konzepten umgesetzt wird.

Familie als Zukunftsmodell? Ich setze zunächst bewusst ein Fragezeichen. Ein mehrfaches Ja soll umgehend folgen.

Zum einen: Familie ist gewollt von der Mehrheit junger Frauen und Männer.

Zum anderen: Familie birgt in sich selbst, vom Begriff und vom Denken her, einen Zukunftsaspekt. Durch die Verbindung mindestens zweier Generationen ist Familie immer Gegenwart, die auf Zukunft ausgerichtet ist. Sie ruht aber gleichzeitig auf der Vergangenheit und lebt von ihr her.

Das erste bzw. Alte Testament macht immer wieder auf diesen Gedanken aufmerksam. Segen wird erfahren von der gegenwärtig lebenden Generation und ebenso von den nachfolgenden Genera-

tionen. Das gleiche gilt aber für die Verfehlungen der einen – die spürbar sind bis in viele weitere Generationen. Die unauflösliche Verbundenheit der Generationen, das Aufeinander-Angewiesen-Sein findet jenseits theologischen Denkens im Generationenvertrag bzw. im Prinzip der Generationengerechtigkeit seinen Niederschlag. Im Grundsatz der **nachhaltigen Familienpolitik**, die besonders deutlich vertreten wird in dem jüngst erschienenen Gutachten von Professor Bertram, sehe ich eine Fortschreibung und Vertiefung dieser Generationengerechtigkeit.

Dieser Grundsatz besagt, dass die jetzige aktive Generation ihre eigenen politischen Entscheidungen so gestalten soll, dass auch zukünftige Generationen Gestaltungsspielräume für ihre eigenen Lebensvorstellungen haben. In der Umweltpolitik hat dieser Grundsatz bereits Tradition und wird auch von den Kirchen gestützt. Gerade dieser Grundsatz lässt eine ökonomische Bewertung von Familie und ökonomische Begründungen für oder gegen Familie durchaus zu bzw. schließt sie ein, wenngleich sie nicht unhinterfragt bleiben.

Von Seiten der Wirtschaft wird Familie zunehmend als „Erfolgsfaktor“ gesehen. Auch die allerneueste (vorgestern vorgestellte) vom Bundesfrauen-Familienministerium in Auftrag gegebene Untersuchung durch Prof. Rürup kommt zu diesem Ergebnis. Ich stelle anheim, ob Kirche solch eine Bewertung wirklich grundsätzlich ablehnen muss oder ob sie sie nicht vielmehr daraufhin prüfen sollte, ob oder inwieweit Familie dadurch funktionalisiert oder instrumentalisiert wird, inwieweit sie aber auch sinnvoll und vertretbar ist. Zu befassen haben wir uns als Kirche in jedem Fall damit.

Bemerkenswert ist aus dieser Sichtweise heraus: Das Prognos Institut schätzt in seiner jüngsten Studie, dass sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,3 Prozent steigern lässt, wenn es den Unternehmen gelingt, ihren Mitarbeitenden die Balance zwischen Berufs- und Privatleben zu erleichtern – der Fachbegriff dafür ist *work-life-balance*. Ein ernst zunehmendes Ergebnis, das damit begründet wird, dass bei vorhandener *work-life-balance* Einsatzbereitschaft, Loyalität und Motivation der Mitarbeitenden höher seien, Fluktuation

und Fehlzeiten sänken und die Produktivität steige.

Interessant daran ist nicht nur die Steigerung des BIP, sondern vor allem die Prämisse, die hier zugrunde liegt: Familie ist gewollt und bedarf daher entsprechender Realisierungsmöglichkeiten. Und ein zweites ist bemerkenswert: Familie und Existenz sichernde Arbeit gehören zusammen. Sie stellen Individuen zufrieden und beantworten die Bedürfnisse einer Gesellschaft positiv.

In kirchlicher Sprache könnte *work-life-balance* etwa heißen: Arbeit und Muße, Arbeit und Beziehungen. Auch wenn Kirche *work-life-balance* nicht wirtschaftlich begründet, für eine diesbezügliche Ausgewogenheit, für ein Gleichgewicht trat sie immer ein und sollte dies verstärkt tun. Allerdings nicht nur, indem sie ermutigt, dass Einzelne der Familie in der Lebensplanung und in der Alltagsgestaltung Vorrang einräumen (*vgl. Forderung 3*), sondern gerade auch dadurch, dass sie sehr klar dafür eintritt, Arbeitsbedingungen an den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien im weitesten Sinn,

an den Bedürfnissen ihrer Mitglieder zu orientieren.

Das bedeutet nichts weniger, als dass das Diktat der Arbeitswelt nachrangig gesehen werden muss oder zumindest die Interessen von Arbeitswelt und Familie und deren Mitglieder gleichwertig miteinander abgeglichen werden müssen. Es geht hier um so etwas wie flexible Arbeitszeiten, Gleitzeitmodelle, Auszeiten (Sabbaticals) – um Maßnahmen, die jeweils mit den Frauen und Männern abzuklären sind oder in Betriebsvereinbarungen festgelegt werden sollten.

Wohlgemerkt, es geht hier um eine wirklich neue Sichtweise auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bislang ist dies eine nahezu reine Frauenfrage geblieben. Es galt schon als eine Errungenschaft, wenn für Frauen über die Vereinbarkeit nachgedacht wurde und Lösungsansätze gefunden wurden. Dennoch ist der nur in Deutschland bekannte Begriff bzw. das nur hier bekannte Phänomen der Rabenmutter nicht aus dem Denken unserer Gesellschaft verschwunden.

Nun macht die Wirtschaft zunehmend deutlich, dass sie auf gut ausgebildete Frauen nicht verzichten kann – und dass sie sowohl Männer wie Frauen braucht, die ihren gewählten „adaptiven“ Lebensentwurf – also Beruf und Familie zu verbinden – verwirklichen können. Bisherige Angebote für Frauen und für nur wenige Männer an Teilzeitarbeit, Minijobs verbunden mit individuell geregelter Kinderbetreuung bei fehlendem institutionellem Angebot sind sicher keine ausreichende Lösung. Sie sind selten Existenz sichernd, schon gar nicht im Alter und gehen nach wie vor mehr oder weniger deutlich von einem überholten Ernährermodell aus, von dem auch noch die Sozialsysteme der Bundesrepublik geprägt sind.

Die zuvor erwähnte Prognos-Studie skizziert für 2020 einen Anstieg der Geburtenrate von jetzt 1,3 Kindern pro Frau auf 1,56, wenn nur 30 Prozent aller deutschen Arbeitnehmenden von solchen familienfreundlichen Maßnahmen profitieren könnten.

Ein großes Problem sehe ich darin, dass – zwar wissenschaftlich korrekt – die

Fertilitätsrate auf Frauen bezogen ist. Tatsächlich entscheiden sich aber aus unterschiedlichen Gründen sowohl Frauen wie auch Männer für oder gegen Kinder. Dies bleibt meist völlig unberücksichtigt. Die Gefahr einer solchen Betrachtungsweise sehe ich darin, dass die Verantwortung für Kinder – auch für die Zahl von Kindern – Frauen zugeordnet wird und dass damit ein völlig unhaltbares Rollenbild verfestigt wird. Kinder zu haben darf nicht zur sozialen Pflichterfüllung stilisiert werden, wie dies nicht selten geschieht. Die Entscheidung für Familie muss eine freie bleiben – aber eben eine mögliche, wie es dem Prinzip der Nachhaltigkeit entspricht.

Das heißt, die Rahmenbedingungen und Gesetze müssen heute derart gestaltet werden, dass junge Menschen ihren Wunsch, eine Familie zu gründen – mehrere Kinder zu bekommen, realisieren, realisieren können. Dabei ist zu beachten, dass junge Menschen diesen Familienwunsch innerhalb ihrer grundsätzlich pragmatischen Zugangsweise haben. Sie sind durch ihre Erfahrungen, durch ihre Lebenswirklichkeit – das haben Studien gezeigt – sehr viel

wenig idealistisch als vorausgegangene Generationen. Die Ermutigung zu Kindern – letztlich also ein ideologischer Zugang, den ich sehr wohl positiv finde –, erreicht sie damit eigentlich nur bedingt. Sie brauchen den Zugang über eine realisierbare Perspektive. Über diesen Weg gilt es die Sinnfrage zu vermitteln, Ermutigung als solche greift nicht **(vgl. Forderung 2)**.

Noch einmal sehr deutlich: Gerade Kirche hat aber nicht nur Perspektiven für ein Leben mit Kindern aufzuzeigen, sondern ebenso dafür einzutreten, dass Kinderlosigkeit aus welchem Grund auch immer nicht zum Stigma wird.

Außerdem macht das Gutachten von Bertram deutlich, dass nicht so sehr der Anstieg der Kinderlosigkeit, für den Frauen – insbesondere gut ausgebildete – oft verantwortlich gemacht werden, sondern vielmehr das zunehmende Verschwinden von Mehrkinderfamilien den Geburtenrückgang verursacht. Damit ist eine Konzentration auf Maßnahmen gegen Kinderlosigkeit kein ausreichender Ansatz.

Familie wird mehrheitlich bejaht, aber zunehmend weniger gelebt. Eine zentrale Begründung stellen die so genannten Opportunitätskosten dar, also die Aufwendungen, die für Kinder zu erbringen sind. Diese steigen. Bildung, Ausbildung, absolut vorrangig für eine Zukunftssicherung, müssen aber vorrangig individuell, d. h. von den Eltern getragen werden. Eine ausreichende Beteiligung der Gesamtgesellschaft wird zu Recht angemahnt.

Mit guten Gründen setzt u. a. Kirche diesem Argument den ideellen Wert von Kindern entgegen. Das aber stößt an Grenzen da, wo Kinder ein tatsächliches Armutsrisiko sind bzw. Familien in Armut leben. Das einst hochbrisante Sozialwort der Kirchen hatte dies noch im Blick. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005 stellt unzweideutig klar, dass Kinder ein Armutsrisiko für Familien bedeuten, dass eine wachsende Zahl von Kindern und damit Erwachsenen auf Hilfeleistungen (Sozialhilfe) angewiesen ist und dass dies insbesondere in dramatischer Weise für Alleinerziehende und ihre Kinder gilt, von denen ein Drittel über ein

Monatseinkommen von unter 1.300 Euro verfügen.

Armut bedeutet nicht nur materielle Knappheit oder Mangel, sondern bedeutet Einschränkung oder Verlust der Teilhabe an sozialem und politischem Leben, an Bildung und kulturellen Möglichkeiten.

Die sozialen Konsequenzen solcher Armut sind gravierend – der dadurch bedingte Bildungsverlust kann von einem Land, das sich als Wissensgesellschaft versteht, nicht hingenommen werden. Kirche, die die Verheißung Gottes von einem Leben in Fülle für alle (kein Schlaraffenland – wohl aber die Teilhabe am Leben) verkündigt und die dazu beitragen muss, dass diese Verheißung im Alltag erfahrbar wird, muss für diese gerechte Teilhabe am Leben eintreten – sie selbst nach Möglichkeit gewähren und eindeutig Partei ergreifen. Für Kirchengemeinden kann dies beispielsweise im Bereich der Kommunen erfolgen, aber auch in solidarisch geregelten Kosten für Angebote der Kirchengemeinde selbst.

Unterstützung und Förderung von Familien ist daher notwendig durch:

1. Transferleistungen wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuss, Ausbildungsförderung
2. steuerliche Berücksichtigung; hier wird von den Frauenverbände eindeutig die Individualbesteuerung, d. h. damit auch die Abschaffung des Ehegattensplittings vertreten.
3. eine gute, zielgerechte Infrastruktur, die nicht nur auf Kinderbetreuung begrenzt ist, sondern entsprechenden Wohnraum, Nahverkehr u. Ä. im Blick hat
4. flexible Zeitregelungen in der Arbeitswelt
5. eine Auflösung der so genannten „Rushhour“ und
6. eine frühere Lösung der jungen Menschen vom Elternhaus.

Diese so genannte **Rushhour** (vgl. u. a. Gutachten von Bertram) ist im hohen Grad verantwortlich für die Ein-Kind-Familien oder die Kinderlosigkeit. Junge Frauen und Männer müssen zunehmend Zeit in ihre Ausbildung investieren. Eine stabile Existenzsicherung bzw. die Berufskarriere erfolgt, wenn überhaupt,

bis Mitte/Ende 30. In dieser Zeit ist für viele Männer und Frauen die Realisierung eines Kinderwunsches undenkbar, unverantwortlich, unmöglich. Danach ist die biologische Uhr – zumindest für Frauen – abgelaufen oder oft nur durch massive hormonelle, bedenkliche Eingriffe anzuhalten. Kinderlosigkeit, Beschränkung auf ein Kind, relativ alte Eltern sind die Folge. Rushhour meint also die Zusammendrängung von Ausbildung, Berufsstabilisierung und Fruchtbarkeitsphase auf einen sehr engen Zeitraum, den es dringend zu weiten gilt. Anders gesagt, diese Zusammendrängung muss beendet oder wenigstens entspannt werden.

Sowohl die Bildungspolitik wie auch die Wirtschaft müssen dies endlich berücksichtigen. Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, die es jungen Frauen und Männern in der Ausbildung oder zu Beginn ihres Berufslebens ermöglichen, Familie zu leben.

Solche Umsteuerung kann dazu beitragen, dass junge Männer und Frauen nicht zu lange wirtschaftlich abhängig von den

Eltern sind, wie dies steigend der Fall ist. Eine Familienförderung muss daher zunehmend den Auszubildenden selbst und direkt zugute kommen, damit eine Selbstständigkeit ermöglicht wird, die eigentlich eine Grundvoraussetzung für die Gründung einer eigenen Familie ist.

Familie – ein Zukunftsmodell – mit vielen Jas habe ich das beantwortet, unter der Voraussetzung, dass wirklich neue Denkansätze greifen. Familie ist, bleibt und wird aber auch nur dann Zukunft haben, wenn sich weder die Gesellschaft noch auch die zu ihr gehörende Kirche den Schattenseiten von Familie verschließt. Ich kann an dieser Stelle nicht ausführlicher darauf eingehen. Es wäre ein eigenes Thema. Aber es muss angesprochen werden.

Eltern sind vielfach – auch aus den zuvor aufgezeigten Gründen – überfordert. Ohne die Möglichkeiten Erziehungskompetenzen zu erwerben, sind sie nicht in der Lage, die Veränderungen individuell abzufangen – was gesellschaftlich derzeit aber von ihnen verlangt wird. Die Konsequenzen der geforderten Mobilität, der Flexibilität,

der gesteigerten Bedeutung von Aus- und Weiterbildung müssen die Individuen selbst abfangen. Sie sind nicht zum Anliegen der gesamten Gesellschaft geworden. Das ist eine enorme Überforderung. Solche Überforderung wie auch die durch wirtschaftliche Nöte und Perspektivenlosigkeit bedingten sind potentielle Wurzeln von Gewalt. Hier müssen die Angebote einer Kirche durch ihre Familienbildungsarbeit, durch ihre Arbeit für und mit Alleinerziehenden, durch ihre Mutter-Kind-Arbeit, ihre spezifische Frauen- und Männerarbeit gegensteuern. Wie wichtig diese spezifischen Ansätze sind, wird ja auch daran ersichtlich, dass sich die Verwaltung dieser Landeskirche rühmen kann, das Total-E-Quality-Prädikat bekommen zu haben.

Gewalt war und ist ein alltägliches Phänomen in Familien, Gewalt von Erwachsenen untereinander, den Kindern gegenüber und in der Pflege, hier auch von beiden Seiten. Nur wenn diese Gewalt gesehen wird, gesehen werden will, ihre Ursachen erforscht und angegangen werden, ist Familie ein Ort, der wirklich Geborgenheit und Stabilität ge-

ben kann in Zeiten gefragter Flexibilität und Mobilität.

Ein letzter abschließender Gedanke: Familie zu fördern ist richtig und wichtig. Das aber kann ich so uneingeschränkt nur sagen, wenn damit Familie nicht **der** oder gar der einzigen Lebensform wird, die im Blick ist, die es zu för-

dern gilt und deren Bedürfnisse zu berücksichtigen sind. Es wäre eine unverantwortliche Ausgrenzung all der Menschen, die nicht in einer Familie leben – und gerade sie sind in Kirche häufig zu treffen.

Ich danke Ihnen für die Einladung und für Ihre Aufmerksamkeit.

Thema „Familie“ bei jungen Paaren besonders wichtig

Erich Stutzer,

Leiter der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Landesbischof Maier, sehr geehrter Herr Präsident Neugart, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich danke Ihnen, dass Sie mich eingeladen haben und dass ich Ihnen etwas über die Familienstrukturen und über die Geburtenentwicklung in Baden-Württemberg sagen kann. „Zukunftsmodell Familie – eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft“ heißt das Thema Ihrer Veranstaltung. Kinder sind unsere Zukunft. Wenn wir junge Paare befragen, was in ihrem Leben wichtig ist und was an oberster Stelle ihrer Zielvorstellungen steht, werden immer wieder das Thema Familie, stabile Partnerschaft und Kinder genannt. Wenn wir uns nach einigen Jahren aber die Ergebnisse ansehen, müssen wir erkennen, dass viele Kinderwünsche nicht realisiert wurden. Darüber machen wir uns

Gedanken und fragen uns, warum es so ist, dass auf der einen Seite Kinderwünsche vorhanden sind, aber offensichtlich auf der anderen Seite Barrieren bestehen, sodass diese Kinderwünsche nicht realisiert werden können.

Ich möchte Ihnen einige wichtige Entwicklungen skizzieren und Ihnen die demografische Entwicklung in Deutschland und in Baden-Württemberg aufzeigen. Ich möchte auch etwas zu der Geburtenentwicklung und dem Umfeld sagen, warum es nach unserer Einschätzung zu dieser Entwicklung gekommen ist. Meine Vorrednerin hat schon einige Punkte angesprochen, die von Wichtigkeit sind und die ich auch bestätigen kann. Auch die Themen Bildung und Arbeitsmarkt möchte ich ansprechen, die Einkommenssituation und die Kinderbetreuung.

Das Thema demografische Entwicklung und deren gesellschaftliche Auswirkungen ist in jüngster Zeit in den Blickpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. Familie und Familienpolitik sind zentrale Politikfelder geworden, in Baden-Württemberg und in Deutschland. Das war über lange Jahre nicht der Fall. Das Thema bevölkerungsbewusste Familienpolitik konnte man in Deutschland lange nicht ansprechen. Inzwischen ist es ein Thema geworden. Heute wird wieder erkannt, wie wichtig Familien sind und dass eine Gesellschaft ohne Kinder nicht denkbar ist. Es treten auch immer stärker die Konsequenzen der Fehlentwicklungen der letzten dreißig Jahren zu Tage. Ich möchte Ihnen das anhand einiger familienwissenschaftlicher Ergebnisse präsentieren, die demografische Entwicklung skizzieren, die Ursachen und Auswirkungen vorstellen sowie Gegensteuerungsmöglichkeiten aufzeigen und mit Ihnen diskutieren.

Beginnen wir mit einem kleinen Blick in die demografische Vergangenheit und in die Zukunft Baden-Württembergs: Im Jahr 1900 hatten wir in Baden-

Württemberg eine Bevölkerungsgröße von etwa vier Millionen Menschen, diese Anzahl ist bis heute auf 10,5 Millionen angestiegen. Für Baden-Württemberg – was immer ein bisschen vernachlässigt wird – rechnen wir zumindest bis zum Jahr 2035 noch mit einem Anstieg der Bevölkerung. Erst nach dem Jahr 2035 wird die Bevölkerungszahl zurückgehen. Aber nach den Status-quo-Prognosen haben wir im Jahr 2050 wieder ein Niveau zwischen zehn und elf Millionen Menschen in Baden-Württemberg. In Deutschland verläuft die Entwicklung insgesamt ein bisschen anders. Dort werden wir einen deutlichen Rückgang der Bevölkerung feststellen können. Aber Baden-Württemberg und Bayern sind Regionen, deren Bevölkerung zunächst noch wachsen wird. In Baden-Württemberg hat sich die Bevölkerung bereits in den letzten 50 Jahren anders entwickelt als in Deutschland insgesamt. Wir haben hier einen Zuwachs von 65 Prozent gehabt. Baden-Württemberg ist die Zuwanderungsregion in Deutschland, gefolgt von Hessen mit großem Abstand.

Viel wichtiger aber als diese quantitative Entwicklung ist der Alterungsprozess. Deutschland altert! An diesem Alterungsprozess werden wir nicht vorbeikommen, egal, wie sich diese Zahlen entwickeln. Im Jahr 1900 hatten wir eine sehr junge Bevölkerung. 43 Prozent der Menschen waren unter 20 Jahre alt, älter als 60 Jahre waren neun Prozent, älter als 85 Jahre 0,1 Prozent, ein sehr kleiner Anteil. Damals hatten wir also eine sehr junge Gesellschaft und auch heute noch eine Gesellschaft, die hier im mittleren Bereich sehr stark vertreten ist.

Aber dieser Anteil der älteren Menschen wird stark ansteigen. Ich sage das ohne jede Wertigkeit. Das kann man positiv sehen, und das kann man negativ sehen. Aber es wird eine andere Gesellschaft sein.

Heute haben wir in Baden-Württemberg ein Durchschnittsalter von 40 Jahren. Im Jahr 2050 werden wir ein Durchschnittsalter von 48,6 Jahren haben. Also in knapp 50 Jahren wird hier eine ganz andere Struktur herrschen. Wir werden eine vollkommen andere Gesellschaft

vorfinden mit ganz neuen Problemen, mit ganz neuen Chancen und mit ganz neuen Herausforderungen. Denken Sie z. B. an die Diskussionen zur Rententwicklung und zur Pflegeversicherung. Das alles sind Punkte, die wir heute schon diskutieren, die jetzt aufgrund der demografischen Entwicklung offensichtlich werden.

Wir erleben diesen Alterungsprozess nicht etwa, weil die Zahl der älteren Menschen zu stark zunehmen würde, sondern weil uns die Kinder fehlen. Wir leiden nicht an einer Überalterung, wie häufig gesagt wird, sondern uns fehlt die nachwachsende Generation. In Deutschland werden zu wenige Kinder geboren.

Für Deutschland hat mit dem zu Ende gehenden letzten Jahrhundert aus demografischer Sicht ein historisch neuer Zeitabschnitt begonnen. Wir erleben jetzt, heute, historische Zäsuren. Während es früher in Deutschland und in Baden-Württemberg immer mehr junge Menschen als ältere gab, überwiegt heute die Zahl der älteren Menschen. Das ist zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands der Fall.

Seit dem Jahr 2000 gibt es in Deutschland und in Baden-Württemberg erstmals mehr ältere Menschen als jüngere Menschen. Etwa im Jahr 2000 trifft sich die Schere: Da ist der Anteil der jüngeren Menschen noch immer größer als der Anteil der älteren Menschen. Heute erleben wir den Zustand, dass wir in Baden-Württemberg zum ersten Mal mehr ältere Menschen als jüngere Menschen haben. Nach unseren Prognosen wird sich der Anteil so entwickeln: Die Schere wird sich bis ins Jahr 2050 weiter öffnen.

Wir erleben auch noch andere demografische Zäsuren neben diesem Alterungsprozess. Wir erleben seit 2002 erstmals einen längerfristigen deutlichen Rückgang der Zahl der Kindergartenkinder. Auch hier wird sofort deutlich, dass es natürlich Konsequenzen und Auswirkungen auf unsere Planungen hat, z. B. auf den Kindergartenbau und auf die Versorgung der Kindergartenkinder.

Seit 2004 gibt es erstmals mehr über 40-jährige als unter 40-jährige Erwerbspersonen. Auch hier wird das klar zu Konsequenzen führen: Was bedeutet

das für unsere Wirtschaft? Was bedeutet es für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, wenn wir mehr ältere Erwerbstätige als jüngere Erwerbstätige haben? Ich weiß nicht, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind. Wir werden aber mit dieser Situation und dieser Tatsache umzugehen haben.

Ab dem Schuljahr 2006/07 haben wir erstmals auch einen kontinuierlichen Rückgang der Zahl der Schulkinder in den allgemein bildenden Schulen.

Außerdem gibt es noch eine ganz wichtige Entwicklung in diesem Alterungsprozess: Wir werden demnächst einen ganz starken Anstieg der Anzahl der hoch betagten Menschen im Alter von 85 Jahren und mehr in Baden-Württemberg erleben. Auch hier kommen neue Anforderungen auf uns zu.

Lassen Sie mich nun auf einige Ursachen und Konsequenzen dieses Alterungsprozesses eingehen. Eine Konsequenz wird sein, dass immer mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter immer mehr ältere Menschen unterstützen werden.

Das ist dieser so genannte Altenquotient. Heute kommen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 40 ältere Menschen. Das bedeutet letztendlich in irgendeiner Weise, dass die erwerbsfähige Generation immer mehr ältere Menschen unterstützen muss.

Das wird ein bisschen konterkariert durch die Entwicklung des Jugendquotienten. Das habe ich jetzt nicht dargestellt, weil ich hauptsächlich auf diese Problematik eingehen wollte. Auf einen älteren Menschen kommen heute 2,5 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Im Jahr 2005 werden auf einen älteren Menschen nur 1,3 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen. Das – ich möchte das wertfrei sagen – kann durch Produktivitätsgewinne aufgefangen werden. Das muss man gesellschaftlich diskutieren. Das ist zunächst einmal nur ein Prozess. So wird die Realität sein, und mit dieser Realität werden wir uns auseinander setzen müssen.

Der Alterungsprozess in Baden-Württemberg resultiert aus den Wanderungen, aus der steigenden Lebenserwartung und aus der sinkenden Geburtenhäufigkeit. Ich möchte hier im Wesentlichen

auf die sinkende Geburtenhäufigkeit eingehen, aber zuvor noch etwas Erfreuliches vermelden: Die Lebenserwartung in Baden-Württemberg steigt seit 1950 in kontinuierlicher Verlängerung der Lebenserwartung insgesamt. Wir können erfreulicherweise feststellen, dass die Säuglingssterblichkeit immer weiter sinkt. Weltweit sind wir dabei führend. Wir haben die niedrigste Säuglingssterblichkeit weltweit, und die Lebenserwartung steigt. Allerdings können wir uns im weltweiten Vergleich natürlich schon noch steigern.

Im Jahr 1950 hatten Männer eine Lebenserwartung von 65 Jahren, Frauen eine Lebenserwartung von 69 Jahren. Das ist heute auf 77 Jahre bzw. 82 Jahre gestiegen. Das wird weiter steigen auf 83 Jahre und 87 Jahre. Das sind sehr erfreuliche, sehr positive Entwicklungen. Wir sind sicher, dass diese Entwicklungen eintreten werden.

Wichtiger als diese Entwicklungen bei der Lebenserwartung ist allerdings die zu geringe Kinderzahl in Deutschland. Mit dieser Geburtenentwicklung möchte ich mich jetzt etwas näher befassen.

Deutschland hat wie kein anderes Land der Welt bereits seit Ende der Sechzigerjahre einen Geburtenrückgang zu verzeichnen und seit Mitte der Siebzigerjahre ein Drittel zu wenige Geburten, wie für eine Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendig wären.

Derzeit liegt die Geburtenrate in Deutschland bei 1,34 Kindern pro Frau. Das wird statistisch auf die Frauen bezogen. Es ist natürlich genauso relevant für die Männer.

Die niedrige Geburtenrate in Deutschland wäre weniger problematisch, wenn wir in den volkswirtschaftlich konkurrierenden Nationen sowie weltweit die gleiche Entwicklung feststellen würden. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben z. B. in den USA, dem wichtigsten Absatzmarkt für Baden-Württemberg, eine Geburtenrate von 2,1. 2,1 bedeutet die Bestandserhaltung. Hier sehen Sie die USA mit knapp 2,1 Kindern, Frankreich mit 1,9 Kindern, also sehr hohe Kinderzahlen. Deutschland liegt hier mit 1,34 Kindern. Baden-Württemberg liegt geringfügig höher. Im Osten Deutschlands sind die Geburtenzahlen deutlich niedriger, im

Westen Deutschlands etwa bei knapp 1,4 Kindern. Nun muss man bedenken, dass diese anderen Nationen mit höheren Geburtenzahlen letztendlich auf dem Weltmarkt mit uns konkurrieren. 1890 hatten wir im Deutschen Reich die dritthöchste Geburtenrate Europas. Heute haben wir in Deutschland die viertniedrigste Geburtenrate der westeuropäischen Länder. Die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben inzwischen eine noch niedrigere Geburtenrate.

In der Bundesrepublik hatten wir in den Fünfziger- und Sechzigerjahren ein bestandserhaltendes Niveau – das sehen Sie hier – von 2,1 Kindern pro Frau. Dieses bestandserhaltende Niveau ist in den Sechzigerjahren sogar ein bisschen gesteigert worden. Das war dieser Babyboom mit 2,5 Kindern pro Frau. Dann ist die Geburtenhäufigkeit zusammengebrochen. Innerhalb von zehn Jahren, innerhalb der Zeit etwa von 1966 bis 1975, hat sich die Geburtenzahl von 2,5 Kindern auf ein Niveau von 1,4 Kindern reduziert. Diese Entscheidung ist innerhalb von zehn Jahren gefallen. Seitdem haben

wir eigentlich ein ganz stabiles Niveau. Das geht hier bis hinunter zu 1,35 Kindern und zur Marke von 1,45 Kindern, aber es bleibt auf diesem Niveau. Da hat sich nichts mehr geändert. Ende der Sechzigerjahre bis Anfang der Siebzigerjahre sind diese generativen Entscheidungen verändert worden.

Wichtig ist dabei auch, dass wir dieses Problem der zu niedrigen Kinderzahlen nicht durch Zuwanderung lösen können. Im Einzelfall kann Zuwanderung zwar Probleme des Fachkräftemangels lösen; sie löst aber keine demografischen Probleme.

Um die heutige Altersstruktur in Baden-Württemberg aufrechtzuerhalten, bräuchten wir einen Zuwanderungsgewinn von jährlich 170.000 Menschen. Das bedeutet, dass wir jährlich eine Zuwanderung von ungefähr 350.000 Menschen in Baden-Württemberg realisieren müssten, und das, denke ich, würde die Integrationskraft unserer Gesellschaft sicherlich übersteigen.

Zudem zeigt sich auch, dass die zuwandernde Bevölkerung sehr schnell ge-

nerative Muster der einheimischen Bevölkerung übernimmt: Bei den Deutschen gibt es einen Geburtenrückgang in den Siebzigerjahren bis auf das niedrigste Niveau. Aber ausländische Frauen haben inzwischen ein niedrigeres Geburtenniveau als deutsche Frauen.

Das generative Verhalten in Deutschland ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass Eltern auf dritte und weitere Kinder verzichten. Daneben gibt es auch eine steigende Anzahl von Männern und Frauen, die ganz auf Kinder verzichten. Das ist im europäischen Ausland nicht in diesem Ausmaß zu beobachten. Das ist eine Besonderheit, die wesentlich auf Deutschland zutrifft.

Heute haben 23 Prozent der Frauen – und nehmen Sie einmal an, dass es bei den Männern die gleiche Größenordnung ist – keine Kinder. Das hat sich in den letzten 30 Jahren zwar etwas erhöht von 19 Prozent kinderloser Frauen auf heute 23 Prozent. Aber das ist nicht sehr drastisch. Man muss feststellen, dass das Ausmaß der Kinderlosigkeit in Deutschland sehr hoch ist und auch im europäischen Vergleich sehr hoch ist,

aber dass die Entwicklung nicht sehr dramatisch ist.

Der Geburtenrückgang liegt mehr im Bereich von drei oder mehr Kindern. Hier ist der Anteil von knapp einem Drittel der Familien, die drei oder mehr Kinder hatten, auf 16 Prozent zusammengebrochen. Der Geburtenrückgang rührt im Wesentlichen vom Verzicht auf dritte und weitere Kinder her und nur zu einem geringeren Anteil vom völligen Verzicht auf Kinder.

Infolge dieser Entwicklung sind Familien heute kleiner geworden, und Kinder haben weniger Geschwister als früher. Aber diese dramatischen Meldungen, die man manchmal in den Zeitungen liest, dass jedes zweite Kind als Einzelkind aufwächst, sind falsch. 14 Prozent der Kinder wachsen in Baden-Württemberg als Einzelkinder auf, 11 Prozent waren es 1972. Das ist nicht so drastisch. Drastischer ist diese Säule: Bei Familien mit zwei Kindern haben wir einen starken Anstieg, sodass man heute sagen kann, der Grundtypus der Familie in Baden-Württemberg hat heute zwei Kinder. Kinderreichtum gibt es nicht mehr,

die Kinderlosigkeit ist in Deutschland und in Baden-Württemberg sehr hoch, aber nicht sehr stark ansteigend.

Das Ausmaß der Kinderlosigkeit von Frauen variiert mit dem Bildungsstand. Je höher der berufliche Ausbildungsstand ist, desto weniger Frauen werden Mütter. Heute bekommen etwa 27 Prozent der Akademikerinnen in Baden-Württemberg keine Kinder. Das sind Werte für Baden-Württemberg, die recht günstig sind. Für Deutschland insgesamt liegt der Anteil der kinderlosen Akademiker höher, bei über einem Drittel. 1982 blieb nur etwa jede fünfte Akademikerin in Deutschland kinderlos. Im europäischen Ausland sieht es ganz anders aus. In Frankreich sind heute weniger als 20 Prozent der Akademikerinnen kinderlos.

Diese Ergebnisse signalisieren unter anderem Mängel bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Offensichtlich scheint es für gebildete Frauen zunehmend schwerer zu sein, diese beiden Lebensbereiche zu vereinen. In der Konsequenz wird eher auf Kinder verzichtet denn auf eine adäquate Berufstätigkeit.

Höhere Kinderzahlen gehen nicht immer mit einer niedrigen Erwerbstätigkeit der Frau einher, und umgekehrt gilt dasselbe. Wenn man ins europäische Ausland sieht, dann haben wir Länder, wo es eine sehr hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen gibt mit hohen Kinderzahlen, und umgekehrt gibt es auch Länder mit niedrigen Erwerbstätigenquoten und hohen Geburtenzahlen. Die Entwicklung ist also im internationalen Vergleich nicht sehr eindeutig.

Der Kinderwunsch liegt heute bei 1,8, die Realisierung des Kinderwunsches bei 1,3 Kindern. Vor zehn Jahren lag der Kinderwunsch noch bei 2,3. Wir haben also nicht nur einen Rückgang der realisierten Geburten, sondern auch einen Rückgang der Kinderwünsche festzustellen. Die heute als pragmatisch titulierte junge Generation ist also auch in dieser Hinsicht pragmatisch und hat ihren Kinderwunsch bereits den Realitäten angepasst. Wir müssen uns fragen, woran das liegt.

Wo sind die Ursachen dieser Entwicklung? Warum unterscheidet sich das generative Verhalten der jungen Gene-

ration in Deutschland von der in Frankreich, Norwegen oder Dänemark, die alle ein höheres Geburtenniveau haben? Wenn man nach diesen Ursachen fragt, stellt man fest: Es gibt keine Monokausalität, es gibt kein Patentrezept, um diese Geburtenentwicklung zu verändern. Stattdessen gibt es ein ganzes Ursachenbündel, warum sich junge Paare nicht für das erste Kind entscheiden bzw. Paare mit zwei Kindern nicht für ein drittes oder ein viertes Kind.

Wichtig ist nach dem, was wir herausbekommen haben: Verlässlichkeit ist eine Grundbedingung. Stabilität benötigen die Familien. Wenn keine Stabilität, kein Optimismus in die Zukunft gegeben ist, wird eher auf Kinder verzichtet. Jede Instabilität trägt dazu bei, dass Kinderwünsche nicht realisiert werden.

Es gibt fünf Gründe, warum wir dieses niedrige Geburtenniveau haben:

Der erste Grund ist der Zukunftspessimismus in Deutschland. Es zeigt sich, dass in gesellschaftlichen Krisen und Umbruchsituationen Menschen auf Kinder verzichten. Sehr deutlich wird das,

wenn man sich die Zeit nach 1990 ansieht. Mit dem Zusammenbruch der DDR kam es in den neuen Bundesländern zu einem radikalen Zusammenbruch der Geburtenzahlen. Die Kinderzahl pro Frau ging von 1,6 auf 0,7 zurück – 0,7, das ist ein Wert, den sich Demografen im Prinzip gar nicht vorstellen können, das wäre eine Fruchtbarkeit von unter eins. Daran sieht man die Verunsicherung, die damals die Gesellschaft im Osten erfasst hat. Das ist ganz typisch: Unsichere Zukunftsaussichten führen dazu, dass Menschen eher auf Kinder verzichten.

Heute leben wir mit vielen Unsicherheiten. Sehen Sie sich den Arbeitsmarkt an, sehen Sie sich die Diskussion um den Fortbestand unserer Sozialsysteme an, sehen Sie sich die Instabilität der Ehen an. All das trägt dazu bei, dass Kinderwünsche eher nicht realisiert werden. Studien belegen, dass junge Frauen und junge Männer es als wichtigstes Kriterium für eine Realisierung von Kinderwünschen ansehen, dass eine harmonische und stabile Partnerschaft gegeben ist. Diese Sicherheit, diese harmonische und stabile Partner-

schaft, haben wir in einer werteppluralen Gesellschaft nur noch bedingt.

Damit bin ich beim zweiten Punkt, der Pluralität der Lebensformen. Es gibt heute nicht mehr Standardbiographien, wie es sie noch in den Sechzigerjahren gegeben hat: Schule, Ausbildung, Heirat, Kinder, lebenslange Ehe, das war so das normative Modell, das gelebt worden ist. Das wird heute nicht mehr so gelebt. Heute ist familiales Leben komplexer, bunter, differenzierter, aber auch schwieriger geworden. Dazu kommt eine Pluralisierung der Werte. Es gibt heute nicht die Norm, Kinder zu bekommen. Kinder zu bekommen ist keine Selbstverständlichkeit mehr, wie es früher in Deutschland der Fall gewesen ist, wie es früher eine Selbstverständlichkeit war, wie es heute zum Beispiel auch noch in Frankreich eine Selbstverständlichkeit ist. Wenn man junge Franzosen und Französinnen befragt, sagen sie: Es ist selbstverständlich, dass wir Kinder bekommen. Die Deutschen sagen das nicht. Da ist es nicht selbstverständlich, sondern ist eine Option geworden, eine unter anderen. Die Entscheidung für Kinder steht in Konkurrenz mit an-

deren Lebenszielen, wie zum Beispiel Freiheit, Selbstverwirklichung, Karriere, Erlebnisorientierung. Man muss sich bewusst für das Kind entscheiden, und dann fällt die Entscheidung eben häufig auch in eine andere Richtung. Dieser Wertepluralismus hat also auch dazu beigetragen, dass in Deutschland eher verzichtet wird.

Der dritte Punkt ist die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist in Deutschland nach wie vor schwierig, diese beiden zentralen Lebensbereiche miteinander zu verbinden. Wir beobachten heute eine doppelte Sozialisation: Frauen sollen sowohl in der Familie aktiv sein und Kinder haben, andererseits aber auch im Beruf. Heute wird von Männern und von Frauen sehr viel in die Ausbildung investiert, und man möchte die Ausbildung dann natürlich auch in einen Beruf umsetzen.

Deshalb verschiebt sich das Zeitfenster, das heute Vormittag schon angesprochen worden ist, in ein immer höheres Alter. Das Alter bei der Geburt des ersten Kindes liegt inzwischen bei über 29 Jahren, und hier ist ein kontinuierlicher Anstieg

zu beobachten. Nach einer kindbedingten Unterbrechung ist es schwer, wieder in den Beruf einzusteigen. Diese Erfahrung führt einfach dazu, dass auf zweite und weitere Kinder verzichtet wird.

In Deutschland ist es besonders schwer, die beiden Lebensbereiche zu vereinbaren, weil Mütter mit kleineren Kindern, die eine Berufstätigkeit suchen, gesellschaftlich häufig negativ beurteilt werden. Sie werden gern als Rabenmütter tituliert – ein Begriff, den man nur in Deutschland findet. Andererseits wird auch die Entscheidung einer Mutter, eine Zeitlang bei ihrem Kind zu bleiben, gesellschaftlich negativ beurteilt. Das sind dann die Nur-Hausfrauen. Also egal, wie sich eine Frau mit Kindern entscheidet, hat sie es oft mit negativen Erfahrungen zu tun.

Das ist in vielen europäischen Ländern anders. Dort wird die Vereinbarkeit der Lebensbereiche selbstverständlich akzeptiert. Wenn man die Menschen dort befragt, stimmt die Mehrheit dafür, dass man die Lebensbereiche vereinbaren kann. Bei Befragungen in Deutschland wird dies nicht so gesehen.

Der vierte Punkt ist die schwierige ökonomische Lebenssituation von Familien. Die Entscheidung für Kinder kann bedeuten, dass das Risiko, in Armut zu geraten, erhöht wird. Besonders kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind von Armut betroffen; darauf werde ich nachher noch kurz eingehen. Finanzielle Transfers für Familien sind sicher von großer Bedeutung.

Ein fünfter Punkt ist die hohe Wertschätzung für Kinder. Gerade die hohe Wertschätzung für Kinder in Deutschland – das mag paradox klingen – führt dazu, dass auf Kinder verzichtet wird. Man möchte den Kindern optimale Bedingungen bieten, und das heißt: Erst einmal muss der Berufseinstieg erfolgt sein, erst einmal muss der ideale Partner gefunden werden, und erst einmal muss ein finanzielles Polster geschaffen werden. Erst dann kann man sich für ein Kind entscheiden. Dann aber ist das Zeitfenster vielleicht zu eng geworden, um den Kinderwunsch noch zu realisieren. Auch das trägt also dazu bei, dass auf Kinder eher verzichtet wird.

Was ist hieraus zu lernen? Was ist zu tun? Was ist das Resultat dieser Ergebnisse? Wenn wir den demografischen Entwicklungen gegensteuern möchten, müssen wir uns fragen, wie wir die Optionen für Familien öffnen können; denn momentan schließen wir Optionen für Familien. Wo sind Barrieren für den Kinderwunsch, und was können wir da ändern?

Wenn wir uns in europäischen Nachbarstaaten umsehen, finden wir dort hohe Geburtenzahlen, wo die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leichter ist, wo es stärkere finanzielle Transfers für Familien gibt, wo die Arbeitsbedingungen flexibler sind und wo die Entscheidung für Kinder selbstverständlich geworden ist.

Lassen Sie mich, auf das Ende zugehend, noch etwas zum Umfeld der Entscheidung für oder gegen Kinder sagen und da zunächst einmal untersuchen, was sich in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt getan hat.

Männer und Frauen sind heute deutlich besser qualifiziert und ausgebildet als früher. Immer mehr Menschen haben

eine höhere Schulbildung. Ganz besonders Frauen haben von der Bildungsexpansion profitiert. Allerdings gelingt es den Frauen nicht, den Bildungsvorsprung vor den Männern, den sie inzwischen erreicht haben – mehr Frauen machen Abitur als Männer –, in eine adäquate Berufstätigkeit umzusetzen. Hohe berufliche Positionen erreichen häufiger Männer als Frauen, und bei den Frauen erreichen hohe berufliche Positionen eher kinderlose Frauen als Mütter.

Bei der Erwerbsbeteiligung insgesamt fällt allerdings ein starker Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen auf. Dieser Anstieg beruht im Wesentlichen auf einem Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern. Bei näherer Untersuchung des Anstiegs fällt allerdings auch auf, dass er vor allem durch einen Anstieg der Teilzeittätigkeit getragen wird. Jede zweite Mutter ist teilzeittätig, und von den erwerbstätigen Müttern sind zwei Drittel teilzeittätig.

Fragt man junge Paare, wie sie sich eine ideale Aufteilung der Erwerbstätigkeit und der Hausarbeit vorstellen, kommt immer wieder das Modell, dass einer

in Vollzeit und einer in Teilzeit tätig sein soll. Das wird in der Realität bei weitem noch nicht erreicht. In der Realität ist häufig einer in Vollzeit tätig und einer nicht erwerbstätig. Hier gibt es also Ansatzpunkte für eine Familienpolitik, um den Wünschen und Bedürfnissen der jungen Generation zu entsprechen. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, damit die Familien ihre Kinderwünsche realisieren können.

Des Weiteren möchte ich Ihnen die Einkommenssituation der Familien darstellen. Das kann ich nicht sehr ausführlich machen. Wenn man das Einkommen kinderloser junger Paare mit dem Einkommen der Paare vergleicht, die sich für Kinder entschieden haben, stellt man fest, dass die Entscheidung für ein Kind dazu führt, dass in diesen Familien jeder nur noch 60 Prozent dessen hat, was jeder einzelne Ehepartner in der kinderlosen Ehe hat. Wenn sie sich für zwei Kinder entscheiden, verfügen sie nur noch über die Hälfte, und bei drei Kindern sind es 42 Prozent. Bei den Alleinerziehenden liegt das Einkommen in etwa der gleichen Dimension. Die Entscheidung für Kinder bedeutet also

den Verzicht auf Einkommen. Das wird für Sie nichts Neues sein; aber ich kann das sehr stark bestätigen. Kinderreiche Familien, junge Ehepaare und Alleinerziehende sind die drei Risikogruppen, die sich in den niedrigeren Einkommenssituationen befinden.

Zuletzt möchte ich noch etwas zur Kinderbetreuung in Baden-Württemberg sagen. Da lässt sich feststellen, dass die Versorgungslage im Kindergartenbereich eigentlich als gut beurteilt werden kann. Wir haben weitgehend eine Vollversorgung; für alle Kinder steht ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Herausforderungen sind eher bei den Öffnungszeiten, bei der Ferienbetreuung oder beim Bildungsauftrag zu sehen. Anders ist die Situation bei Krippenkindern und bei Hortkindern. Die Versorgungsquote liegt hier bei etwa fünf bis sieben Prozent. Der Bedarf dürfte deutlich höher sein. Die Verbesserung der Betreuung für die Kinder stellt sicher eine zukünftige Herausforderung an uns alle dar.

Am Ende möchte ich noch wichtige familienpolitische Handlungsfelder für mich nennen. Wichtig ist meiner Ansicht

nach die Öffnung von Bildungschancen in Schule und Ausbildung. Wir müssen es unseren Kindern unabhängig vom elterlichen Status ermöglichen, am schulischen Leben teil zu haben. In letzter Zeit hat sich herausgebildet, dass Bildungschancen nicht mehr offen sind, sondern vom Status der Eltern abhängen.

Wir müssen zum Zweiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen Bereichen fördern. Das betrifft nicht nur die Kinderbetreuung. Es betrifft auch den Arbeitgeber, und es betrifft die Flexibilisierung von Arbeitszeiten.

Wir müssen zum Dritten die Einkommenssituation von Familien stützen. Familien brauchen Geld, um leben zu können.

Wir brauchen als Viertes – das ist mir auch ganz wichtig – ein gutes Angebot an Familienbildung.

Ich danke Ihnen für Ihre Einladung, und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Familienfreundliche Arbeit in den Gemeinden fördern

*Landesbischof Dr. Gerhard Maier,
Rede zur Verleihung des Preises „Familienfreundliche Gemeinde“*

Auf die Verleihung des Preises „Familienfreundliche Gemeinde“ habe ich mich außerordentlich gefreut. Mir scheint einfach wichtig, dass wir „Familie“ nicht nur zum reflektierten und diskutierten Thema machen, sondern jede Chance nutzen, um die familienbezogene und familienfreundliche Arbeit in unseren Gemeinden praktisch zu unterstützen. Hier wie sonst gilt immer noch das alte Motto aus Kirche und Diakonie: „Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert“ – so einst Gustav Werner.

Familie ist auch kein Thema, das wir nur von andern einzufordern haben. Familie – das ist uns heute allen deutlich geworden – das betrifft in erster Linie uns selbst und die eigenen Gemeinden, für die wir Verantwortung tragen.

20 Einsendungen auf unsere Ausschreibung: Das war mehr, als ich in meinem

vorsichtigen Optimismus erwartet hatte. Allen danke ich auch an dieser Stelle noch einmal. Alle hätten einen Preis verdient gehabt. Übrigens habe ich auch alle gebeten, in Zukunft weiter mitzumachen. Eingeladen waren und sind die Gemeinden unserer Landeskirche, aber nicht weniger auch Gruppen und Projekte, die sich der Aufgabe „Familie“ stellen.

Angesichts der Fülle guter Einsendungen haben wir den Preis gedrittelt, also die 3000 Euro Gesamtpreis in drei Preise zu je 1000 Euro vergeben – also auch gleichrangig.

Der Preis fiel zunächst – wir ordnen alphabetisch! – an die Evangelische Kirchengemeinde Aalen. Sie hat eine familienbezogene Gemeindekonzeption entwickelt, in der viele Gruppen sich in Bildungsarbeit, Kindergartenarbeit, Spielgruppen, Kleinkindergottesdiens-

ten, Freizeiten, Freizeitgottesdiensten, Kinderkirche und im Leinroden-Camp engagieren. Allein die Kindergartenarbeit umfasst elf Gruppen.

Ich darf nun den Preis an die Evangelische Kirchengemeinde Aalen weiterleiten.

Sodann fiel der Preis an die Evangelische Matthäusgemeinde Hessental im Kirchenbezirk Schwäbisch Hall.

Das ist nach ihrer eigenen Beschreibung eine junge Gemeinde, ein sozialer Brennpunkt, mit bis vor wenigen Jahren nur einem Prozent Gottesdienstbesuch und nicht zuletzt einem hohen Anteil (35 Prozent) von Russlanddeutschen. Inzwischen ist sogar die Haller Bürgerstiftung auf die familienfreundlichen Angebote in Hessental aufmerksam geworden.

„Kids House“, „Treffpunkt Familie“, Jugendgottesdienste, Gemeindeaufbauverein, „Kinderaktionstag“, Straßenkinderprojekt, aber auch „Seniorenbeauftragte“, „Seniorenkreis“ sind einige der Stichworte, die eine Generationen über-

greifende glaubensentwickelnde Gemeindegemeinschaft beschreiben.

Ich darf nun den Preis an die Evangelische Matthäusgemeinde Hessental überreichen.

Die Reihe der Preisträger vervollständigt sich mit der Evangelischen Kirchengemeinde Stuttgart-Gaisburg. Dass der Bereich Stuttgart für eine familienorientierte Gemeindegemeinschaft nicht unbedingt günstige Voraussetzungen bietet, wissen wir alle. Aber die Kirchengemeinde Gaisburg hat es geschafft, dennoch eine solche Arbeit aufzubauen.

Interessanterweise lag der Ausgangspunkt in einer Sitzung des Kirchengemeinderats zum Thema „Kinder – Jugendliche – Familien“ im Januar 2002. Dort wurde ein Gemeindeentwicklungskonzept in Gang gebracht, das neben „Kirche und Kultur“ auch „Kinder – Jugendliche – Familien“ zum Schwerpunkt machte. Das Besondere in Stuttgart-Gaisburg ist die Vernetzung mit der Stadtteilarbeit, der Gemeinwesenarbeit und überhaupt der kommunalen Gemeinde. Die heutige Arbeit ist u. a. charak-

terisiert durch Stichworte wie Runder Tisch, AG Jugend, Kinderbibeltage, Eltern-Kind-Gruppen, Eltern-Akademie und einen völligen Neuansatz der Kinderkirche.

Ich überreiche nun den Preis an die Evangelische Kirchengemeinde Stuttgart-Gaisburg.

Meine Hoffnung ist, dass der Preis auch in der kommenden Zeit, etwa zweijährig, ausgelobt werden kann und dass Sie, liebe Synodale, selbst ein wenig Appetit bekommen, entweder fürs Mitmachen zu werben oder am Ende sogar selber mitzumachen.

„Zukunftsmodell Familie“ – neun Thesen

*Entschließung der 13. Württembergischen Evangelischen Landessynode
vom 8. Juli 2005*

Familie ist die grundlegende Form des menschlichen Zusammenlebens, in der Menschen von Beginn bis zum Ende ihres Lebens Heimat und Raum zum Leben finden. Zur Institution Familie gibt es keine Alternative. Sie ist die Keimzelle menschlichen Lebens.

I. Wir wollen die Familien stärken

1. Verlässlichkeit

Menschen brauchen Verlässlichkeit. Die Heilige Schrift bezeugt, wie Mann und Frau in der Ehe und wie Kinder in der Familie einen Schutzraum haben, in dem sie Verlässlichkeit erfahren und lernen. Darum stehen Ehe und Familie unter Gottes ausdrücklichem Segen und seinem schützenden Gebot (1. Mose 1,26f; 2,18.24; 2. Mose 20,12 u. 14, Matthäus 19,4-6).

Durch die Jahrhunderte hindurch blieb die Familie als elementare Lebensform erhalten, war aber zugleich ständigen Veränderungsprozessen unterworfen.

Familie wurde in den Sippenverbänden der Frühzeit anders gelebt als in den Hausgemeinschaften der Antike, in den Großfamilien der agrarischen wiederum anders als in den Kleinfamilien der industriellen Gesellschaft.

Entsprechend verändern sich bis heute ihre Erscheinungsformen stetig: Neben der klassischen Familie gibt es Ein-Eltern-Familien, sog. Patchworkfamilien, nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern u a. – manche Soziologen sprechen sogar von der „postfamilialen Familie“. Die verschiedenen Familienformen, die uns heute real begegnen, finden in der biblischen Sicht von Ehe

und Familie eine lebensdienliche Orientierung.

2. Vertrauen

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich dafür, Kinder zu bekommen. Das Vertrauen in gesellschaftliche Sicherungssysteme sinkt. Darüber hinaus verunsichern Erfahrungen des Scheiterns von Partnerschaften, Misstrauen gegenüber der eigenen Bindungsfähigkeit und der des Partners, Angst vor Arbeitslosigkeit und eine kinderfeindlich erscheinende Gesellschaft.

Alle Menschen brauchen jedoch ein Grundvertrauen in die Macht des Lebens. Christen und Christinnen vertrauen auf den Gott, den Schöpfer allen Lebens, der uns von allen Seiten fürsorglich umgibt und auch durch Krisen und Scheitern mit seiner Liebe begleitet. In diesem Vertrauen erwächst auch aus dem Scheitern neue Zuversicht – auch der Mut zur Gründung einer Familie und die Freude an Kindern. Kinder sind eine Gabe und ein Segen Gottes (Psalm

127,3-5); durch sie wird unser Leben reich. Zugleich sind sie ein Vorbild des Vertrauens (vgl. Markus 10,13-16).

3. Verbündete

Die persönlichen Lebensentwürfe sind gegenwärtig vielfältiger als früher. Beruf und Karriere, eine Vielzahl von Freizeitaktivitäten und unterschiedliche persönliche Bedürfnisse beanspruchen Zeit, Kraft und Geld; sie ziehen Familienmitglieder in verschiedene Richtungen. Konflikte, Spannungen und schmerzvolle Erfahrungen bleiben nicht aus.

Familiäre Beziehungen sind jedoch in erster Linie Bereicherung. Um sie zu pflegen und zu gestalten, braucht es Zeit. Die Pflege der Partnerschaft sowie die fürsorgliche Beziehung zwischen Eltern, Kindern und älteren Menschen kann daher nur gelingen, wenn ihr Vorrang eingeräumt wird.

Dabei sind Familien auf verlässliche Partner angewiesen, die ihnen als Verbündete zur Seite stehen. Verschiedene Gruppen in Kirchengemeinden und

kirchlichen Institutionen bieten eine solche Partnerschaft an in Fragen der Alltagsbewältigung, der Erziehung, Seelsorge und Beratung.

II. Wie können wir in unseren Gemeinden Familien stärken?

4. Begegnung und Beheimatung

Familien sind die zentrale Zielgruppe der Kirchengemeinde. Wir machen den Gemeinden Mut, sich in ihrer Arbeit daran zu orientieren. Familien sind mit ihrer je eigenen Geschichte und mit ihrer Ortsgebundenheit Teil ihrer Gemeinde. In vielfältigen Angeboten der Gemeinde finden Familien zusammen. Darüber hinaus brauchen die Generationen Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs.

5. Glaubensgemeinschaft und Glaubensvermittlung

Familie ist der Ort, wo Glauben und Werte gelebt werden. Im Glauben an Jesus Christus können Familienmitglieder

Ermutung, Gemeinschaft miteinander und heilende Kräfte der Vergebung erfahren.

Kirchengemeinden übernehmen mit der Taufe die Aufgabe, Eltern, Großeltern und Paten bei der Weitergabe von Glaubensinhalten zu begleiten und zu beraten. Die Erzähltradition, Rituale und das gemeinsame Gebet sollten über den Kindergottesdienst, den Kindergarten und den Religionsunterricht sowie die Jugendarbeit hinaus in den Familien wieder belebt werden. Eltern und andere Erziehende werden in der Begleitung von Kindern und Jugendlichen auf dem Weg des Glaubens unterstützt und können so auch in ihrem eigenen Glauben gestärkt werden.

6. Gemeindeaufbau

Kirchengemeinden feiern vielfältige Gottesdienste mit Familien. Sie begleiten diese in der Eltern-Kind-Arbeit, Kindergartenarbeit, durch verschiedene Modelle der Konfirmandenarbeit (KU 3+8) sowie durch die Jugendarbeit und stärken mit Bildungsangeboten die Erzie-

hungskompetenz der Eltern. Dadurch entstehen Netzwerke.

Motiviert durch den Auftrag der Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus engagieren sich kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind zur Begleitung bereit und geschult. Seelsorgerliche und diakonische Begleitung, Beratung und Bildungsangebote geschehen möglichst vor Ort. Die Angebote übergemeindlicher Einrichtungen sollen in den Gemeinden bekannt und niederschwellig zugänglich sein.

Evangelische Tageseinrichtungen für Kinder sind Zentren eines familienfreundlichen Gemeindeaufbaus und können sich weiterentwickeln zu Nachbarschaftszentren bzw. zu Häusern für Kinder und Familien.

III. Wie können wir als Landeskirche die Familien stärken?

7. Finanzielle Entlastung

Kinder sind ein Segen. In ihnen und mit diesen geben Menschen das ihnen

anvertraute Leben weiter. Kinder bereichern unser Leben und dürfen nicht zum Armutsrisiko werden. Die Förderung der Familie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Familien werden derzeit nicht hinreichend unterstützt, die gesellschaftlichen Lasten sind ungerecht und ungleich verteilt. Das betrifft alle Familien, Väter, Mütter und Kinder und in besonderer Weise die Familien von Alleinerziehenden. Familien brauchen deshalb veränderte finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen. Vordringlich sind die Einführung eines Familiensplittings, die Berücksichtigung der Familienarbeit bei der Rentenberechnung und eine veränderte, Familien entlastende Steuerpolitik. Um ein Signal für Kinder zu setzen, könnte das Kindergeld bereits während der Schwangerschaft bezahlt werden. Kirche unterstützt das politische und kommunalpolitische Engagement ihrer Mitglieder und Mitarbeitenden.

8. Gesellschaftliche Würdigung

Familie ist tragendes Element der Gesellschaft und für die Zukunft unersetzbar. Familien erbringen enorme intergene-

rative Leistungen. Erziehungs- und Hausmanagement, Beziehungs- und Altenpflege geschehen vorwiegend durch Frauen und in Familien. Leider erfahren diese Tätigkeiten zu wenig Anerkennung und Würdigung. Deshalb unterstützen wir die Gleichstellung von Familien- und Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer. Familie vermittelt auch grundlegende kulturelle und soziale Werte; sie ist Lernort von Toleranz, Solidarität und Rücksichtnahme, aber auch von Konfliktfähigkeit und Kompromissbereitschaft.

9. Kirche als familienfreundliche Arbeitgeberin

Wo Kirchengemeinden, Landeskirche und Diakonie selbst Arbeitgeberinnen sind, müssen sie auf familienfördernde Arbeits- und Arbeitszeitregelungen aufbauen und sie verbessern. Das betrifft besonders Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von familienfreundlichen Arbeitszeiten, des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben auch nach längerer Elternzeit und des Umgangs mit Lebensarbeitszeit und Elternzeit.



Württembergische
Evangelische Landessynode